

Öffentliche Bekanntmachung

einer **Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses am Mittwoch den 16.09.2015 um 17:00 Uhr** im Rathaus Stadt Kappeln, Reeperbahn 2, 24376 Kappeln; Raum des Gastes

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.07.2015
4. Vorstellung des Naturparks Schlei
5. Projektbezogene Tourismusförderung für den Kreis Rendsburg-Eckernförde **VO/2014/371-001**
7. Verschiedenes



Beschlussvorlage		Vorlage-Nr:	VO/2014/371-001
Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung, Schul- und Kulturwesen		Status:	öffentlich
		Datum:	31.08.2015
		Ansprechpartner/in:	
		Bearbeiter/in:	Volker Breuer
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage		
Projektbezogene Tourismusförderung für den Kreis Rendsburg-Eckernförde			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
	Regionalentwicklungsausschuss	Entscheidung	

Beschlussvorschlag: Eine Beschlussfassung erfolgt nach der Beratung im Regionalentwicklungsausschuss.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Der Prozess zur Erarbeitung einer Zukunftsstrategie für den Kreis Rendsburg-Eckernförde ist in 2015 gestartet und wird konzeptionell in 2016 fortgeführt. In 2015 wurde zur Finanzierung eine teilweise Umwidmung des bisherigen Tourismusbudgets vorgenommen. Hierzu gibt es einen Beschluss des Regionalentwicklungsausschusses vom 22.01.2015 (VO/2014/371). Schon jetzt wird deutlich, dass die Bereiche Lebensqualität, Aufenthaltsqualität, Freizeit für die Zukunftsfähigkeit des Kreises Rendsburg-Eckernförde eine herausragende Stellung einnehmen. Im Wettbewerb um Unternehmen, Fachkräfte sowie Tages- und Übernachtungsgäste gegenüber anderen Regionen sind dies wichtige Faktoren, um eine attraktive, lebenswerte Region zu gewährleisten.

Diese Themen sind nahezu deckungsgleich mit den Interessenfeldern der Lokalen Tourismus Organisationen (LTO) im Kreisgebiet. Impulse in diesen Feldern kommen der einheimischen Bevölkerung gleichsam wie dem Tourismus zugute und erhöhen die Standortattraktivität.

Von daher soll schon jetzt die projektbezogene Tourismusförderung in 2016 wieder aufgenommen werden, um erste Impulse für die Zukunftsfähigkeit setzen zu können. Die LTO sind aufgefordert, für mögliche Projekte Ideen zu entwickeln. Insgesamt stehen hierfür in 2016 35.000€ zur Verfügung. Es soll sich hierbei um reine Projektmittel handeln und nicht um Beiträge zur Basisfinanzierung der LTO-Arbeit.

Die weitere Erarbeitung der Zukunftsstrategie soll in 2016 ohne externe Beratung in Eigenregie durchgeführt werden, sodass die Mittel für o.g. Projekte eingesetzt werden können.

Finanzielle Auswirkungen:

Teilverwendung des Budgets aus der Kostenstelle „Zukunftsstrategie/Tourismus“ der Wirtschaftsförderung des Kreises Rendsburg-Eckernförde (WFG) in Höhe von 35.000 € jährlich.

Anlage/n: keine



Beschlussvorlage Federführend: FD 2.5 Kommunalaufsicht und Feuerwehrwesen	Vorlage-Nr: VO/2015/622 Status: öffentlich Datum: 04.08.2015 Ansprechpartner/in: Behrens, Klaus Bearbeiter/in: Klaus Behrens						
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage						
INTERREG 5A Vereinbarung zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur Durchführung des Kooperationsprogramms INTERREG 5A Deutschland - Danmark 2014-2020							
Beratungsfolge:							
Status	<table border="0"> <tr> <td>Gremium</td> <td>Zuständigkeit</td> </tr> <tr> <td>Hauptausschuss</td> <td>Entscheidung</td> </tr> <tr> <td>Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </table>	Gremium	Zuständigkeit	Hauptausschuss	Entscheidung	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Entscheidung
Gremium	Zuständigkeit						
Hauptausschuss	Entscheidung						
Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Entscheidung						

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag,

- dem Abschluss der in der Anlage beigefügten Vereinbarung zuzustimmen:
 „Vereinbarung zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur Durchführung des Kooperationsprogramms INTERREG 5A Deutschland-Danmark 2014-2020“ zwischen der Region Sjælland und der Region Syddanmark auf dänischer Seite und den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein und Plön sowie den Städten Kiel, Flensburg, Neumünster und Lübeck auf deutscher Seite, der Investitionsbank Schleswig-Holstein (nachfolgend IB.SH genannt), Fleethörn 29-31, 24103 Kiel, Deutschland, vertreten durch den Vorstand, als Verwaltungsbehörde des Programms sowie dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein für die Prüfbehörde des Programms (nachfolgend MJKE genannt)“.
- den Landrat zu ermächtigen, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Hauptausschusses,

- dem Abschluss der in der Anlage beigefügten Vereinbarung zuzustimmen:
 „Vereinbarung zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur Durchführung des Kooperationsprogramms INTERREG 5A Deutschland-Danmark 2014-2020“ zwischen der Region Sjælland und der Region

Syddanmark auf dänischer Seite und den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein und Plön sowie den Städten Kiel, Flensburg, Neumünster und Lübeck auf deutscher Seite, der Investitionsbank Schleswig-Holstein (nachfolgend IB.SH genannt), Fleethörn 29-31, 24103 Kiel, Deutschland, vertreten durch den Vorstand, als Verwaltungsbehörde des Programms sowie dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein für die Prüfbehörde des Programms (nachfolgend MJKE genannt)“.

- den Landrat zu ermächtigen, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

Sachverhalt:

Das Operationelle Programm wurde am 17.12.2014 von der EU-Kommission genehmigt. Mit der Programmgenehmigung verpflichten sich die Programmpartner, das Programm ordnungsgemäß abzuwickeln und dafür die Haftung zu übernehmen. Der bewilligte Zuschuss aus EU-Mitteln beträgt rund 90 Mio. EURO. Damit sollen Fördervorhaben aus den Schwerpunkten:

- Grenzüberschreitende Innovation
- Nachhaltige Entwicklung
- Beschäftigung
- sowie Funktionelle Zusammenarbeit

unterstützt werden. Die Programmpartner haben sich darauf verständigt, für Projekte einen Regelfördersatz von 60% zu gewähren; für touristische Projekte können 75% gewährt werden. Am 25.03.2015 hat sich der INTERREG-Ausschuss konstituiert. Am 25.06.2015 wurden die ersten Projekte genehmigt

Der anliegende Vertragsentwurf ist das finale Dokument, das zur Unterzeichnung an die Programmpartner verschickt wurde. Inhaltlich ist diese Vereinbarung in acht Artikel aufgeteilt, die die Aufgaben und Pflichten der IB. SH und der Programmpartner im Innenverhältnis regeln: Einrichtungen für die Durchführung des Programms, die Technische Hilfe, Kontrollen auf Projektebene, Festlegung von Prozessen und Abläufen für die Durchführung des Programms sowie weitere Regelungen.

Neben den administrativen Aufgaben der IB. SH ist in diesem Dokument, Artikel 6, die „Haftung der Programmpartner“ geregelt. Wie in den früheren Programmperioden auch, gilt:

- Gelingt es einem Leadpartner nicht, aufgrund von Unregelmäßigkeiten gezahlte Beträge von einem Projektpartner einzuziehen
- oder gelingt es der Verwaltungsbehörde nicht, diese Beträge von dem Leadpartner einzuziehen

werden die Beträge im Innenverhältnis zwischen den Programmpartnern jeweils von dem Programmpartner der Verwaltungsbehörde erstattet, in dessen Gebiet (Region, Kreis, Stadt) der betreffende Projektpartner seinen Sitz hat.

Sollte es sich um einen Projektpartner handeln, der außerhalb des Programmgebietes seinen Sitz hat, so erstreckt sich die Haftung auf alle Programmpartner – hierbei handelt es sich um eine Neuerung im Vergleich zu den vorhergehenden INTERREG A-Förderperioden. Die Verteilung erfolgt nach

dänischer und deutscher Seite getrennt und wird prozentual anhand der Bevölkerungszahlen mit Stand 01.01.2012 berechnet.

Die Anlagen des Vertrags beziehen sich auf:

- die Genehmigung des Programms durch die EU-KOM
- die Aufgabenverteilung im Rahmen der Technischen Hilfe
- Kosten für die Prüfbehörde
- das Budget der Technischen Hilfe
- die Kofinanzierungsanteile der Programmpartner.

Die Vereinbarung tritt mit der Unterzeichnung durch die deutschen und dänischen Programmpartner, durch die IB.SH sowie durch das MJKE rückwirkend zum 01.01.2014, dem Beginn des Förderfähigkeitszeitraumes, in Kraft. Das Land Schleswig-Holstein als Träger der IB.SH und Erhvervsstyrelsen in København werden nicht Parteien der Vereinbarung, willigen aber in den Abschluss dieser Vereinbarung ein.

Diese Vereinbarung gilt für die Dauer der vollständigen Abwicklung des INTERREG 5A-Programms Deutschland-Danmark 2014-2020 einschließlich des Endes der Aufbewahrungsfrist.

Der Kreistag hat auf entsprechende Empfehlung des Regionalentwicklungsausschusses sowie des Hauptausschusses in seiner Sitzung am 31.03.2014 dem Inhalt des Deutsch-Dänischen INTERREG 5 A – Programms für die Förderperiode 2014 – 2020 zugestimmt und Kofinanzierungsmittel in Höhe von bis zu 53 T€/Jahr für 9,5 Jahre zur Verfügung gestellt. Der Landrat wurde ermächtigt, nach seinem Ermessen eventuellen Änderungen im Programm zuzustimmen.

Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag wird der Landrat ermächtigt, die dieser Vorlage beigefügte Vereinbarung, insbesondere wegen der darin enthaltenen Haftungsregelung, zu unterzeichnen. Die Inhalte des Programms werden nicht berührt, insofern ist eine erneute Befassung im Regionalentwicklungsausschuss entbehrlich.

Anlage/n:

2015_07_27_Vereinbarung D - DK

**Vereinbarung
zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur
Durchführung des Kooperationsprogramms
Interreg 5A Deutschland-Danmark 2014-2020**

**Aftale
om etablering af forvaltnings- og kontrolsystemet og om
gennemførelsen af samarbejdsprogrammet
Interreg 5A Deutschland-Danmark 2014-2020**

**Deutsche Fassung S. 2-14,
dänische Fassung S. 15-26,
Unterschriften S. 27,
Anlagen S. 28-49.**

**Tysk version s. 2-14,
dansk version s. 15-26,
underskrifter s. 27
bilag s. 28-49.**

Inhalt

Vorbemerkung.....	3
Artikel 1 Gegenstand der Vereinbarung.....	4
Artikel 2 Einrichtungen für die Durchführung des Programms.....	4
1. Verwaltungsbehörde.....	4
2. Sekretariat.....	5
3. Interreg-Ausschuss.....	5
4. Prüfbehörde und Second Level Prüfung.....	6
Artikel 3 Technische Hilfe	6
Artikel 4 Kontrollen auf Projektebene.....	8
Artikel 5 Festlegung von Prozessen und Abläufen für die Durchführung des Programms.....	9
1. Auszahlungen	9
2. Monitoring	9
3. Projektbewertung, Projektauswahl und Vertragsabschluss.....	9
4. Beschwerdemanagement.....	10
Artikel 6 Festlegungen im Fall von Schwierigkeiten bei der Durchführung.....	11
1. Haftung der Programmpartner	11
2. Unregelmäßigkeiten und Wiedereinziehung von Beträgen	11
3. Finanzkorrekturen und Systemfehler.....	12
4. Programmunterbrechung oder Aussetzung von Zahlungen.....	12
5. Gerichtliche und außergerichtliche Verfahren gegen Projektpartner	12
6. Zahlungsunfähigkeit von Projektpartnern.....	12
7. Regelungen zum Programmabschluss	13
Artikel 7 Weitere Regelungen	13
1. Festlegung der Arbeitssprachen.....	13
2. Nichtbeachtung von Vereinbarungen und Fristsetzungen – Sanktionen.....	13
3. Änderungen der Vereinbarung	13
4. Schiedsklausel	13
Artikel 8 Inkrafttreten und Geltungsdauer	14
Anlage 1 Genehmigung des Programms durch die EU-KOM.....	28
Anlage 2 Aufgabenverteilung im Rahmen der Technischen Hilfe	36
Anlage 3 Kosten Prüfbehörde	47
Anlage 4 Budget Technische Hilfe	48
Anlage 5 Kofinanzierungsanteile der Programmpartner	49

Vereinbarung zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur Durchführung des Kooperationsprogramms Interreg 5A Deutschland-Danmark 2014-2020

zwischen

der **Region Sjælland** und der **Region Syddanmark** auf dänischer Seite und den **Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein** und **Plön** sowie den Städten **Kiel, Flensburg, Neumünster** und **Lübeck** auf deutscher Seite, im weiteren einzeln oder gemeinsam „Partners“ genannt,

der **Investitionsbank Schleswig-Holstein, Fleethörn 29-31, 24103 Kiel, Deutschland**, vertreten durch den Vorstand, als Verwaltungsbehörde des Programms, im weiteren „IB.SH“ genannt, sowie

dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein für die Prüfbehörde des Programms, im weiteren „MJKE“ genannt.

Um das Unterzeichnungsverfahren zu vereinfachen, schließt jeder Partners die vorliegende Vereinbarung mit identischem Wortlaut bilateral mit der IB.SH und dem MJKE für die Prüfbehörde ab. Alle einzelnen Ausfertigungen der Vereinbarung sollen dabei eine gemeinsame Vereinbarung bilden, die nur aufgrund eines einstimmigen Beschlusses aller Partners, der IB.SH und des MJKE für die Prüfbehörde geändert werden kann.

Vorbemerkung

Die in dieser Vereinbarung verwendeten Amts- und Funktionsbezeichnungen sind geschlechtsneutral aufzufassen.

Das Land Schleswig-Holstein als Träger der IB.SH und Erhvervsstyrelsen in København werden nicht Parteien der Vereinbarung, willigen aber in den Abschluss dieser Vereinbarung ein.¹ Erhvervsstyrelsen wird zudem noch eine gesonderte Vereinbarung mit den beiden dänischen Regionen schließen.

¹ Nachrichtlich: Das Land Schleswig-Holstein gem. § 8 Abs. 2 Investitionsbankgesetz und Erhvervsstyrelsen gem. § 29 Bekendtgørelse Nr. 532.

Artikel 1 Gegenstand der Vereinbarung

- a. Die Programmpartner, die Verwaltungsbehörde und die Prüfbehörde werden gemeinschaftlich das Kooperationsprogramm „Interreg 5A Deutschland-Danmark 2014-2020“ (CCI 2014TC16RFCB056) – im weiteren „Programm“ genannt - gemäß der Entscheidung der Europäischen Kommission vom 17.12.2014 (Anlage 1) unter Beachtung insbesondere der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 – im weiteren „VO (EU) 1303/2013“ genannt – und der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 – im weiteren „VO (EU) 1299/2013“ genannt – sowie den zu diesen Verordnungen von der Europäischen Kommission erlassenen Delegierten Verordnungen und Durchführungsverordnungen durchführen. Auf dänischer Seite wird das Programm außerdem in Übereinstimmung mit den Bekendtgørelse Nr. 144 vom 18.02.2014, Nr. 532 von 27.05.2014 und Nr. 586 vom 03.06.2014 durchgeführt.
- b. Die Aufgaben und Pflichten bei der Programmdurchführung werden im Rahmen dieser Vereinbarung zwischen den Programmpartnern, der IB.SH und dem MJKE für die Prüfbehörde geregelt.
- c. Alle Programmteilnehmer verpflichten sich gegenseitig zur verantwortlichen Mitwirkung für die Wirksamkeit und Ordnungsmäßigkeit der Verwaltung und Durchführung des Programms.

Artikel 2 Einrichtungen für die Durchführung des Programms

Für die Programmdurchführung werden folgende Behörden und Stellen eingerichtet:

1. Eine Verwaltungsbehörde
2. Ein gemeinsames Sekretariat, im weiteren „Sekretariat“ genannt
3. Ein Begleitausschuss, im weiteren „Interreg-Ausschuss“ genannt
4. Eine Prüfbehörde, die unterstützt wird von einer Prüfergruppe.

1. Verwaltungsbehörde

- a. Die Verwaltungsbehörde ist verantwortlich für die Verwaltung und Durchführung des Programms in seiner Gesamtheit. Sie nimmt auf der Grundlage von Art. 21 Abs. 1 VO (EU) 1299/2013 gleichzeitig die Aufgaben der Bescheinigungsbehörde wahr.
- b. Die Programmpartner haben am 21.10.2013 beschlossen, dass die Verantwortung und die Funktion als Verwaltungsbehörde im Sinne von Art. 125 VO (EU) 1303/2013 und Art. 23 VO (EU) 1299/2013 sowie als Bescheinigungsbehörde im Sinne von Art. 126 VO (EU) 1303/2013 und Art. 24 VO (EU) 1299/2013 der IB.SH übertragen wird. Die Verwaltungsbehörde hat ihren Sitz bei der IB.SH in Kiel, Deutschland.
- c. Sie richtet in Absprache mit den Programmpartnern ein gemeinsames Sekretariat gem. Art. 23 Abs. 2 VO (EU) 1299/2013 ein, das die Verwaltungsbehörde und den Interreg-Ausschuss in ihren entsprechenden Aufgaben unterstützt.

- d. Die IB.SH ist Anstellungsträger der Mitarbeiter der Verwaltungsbehörde.
- e. Im Rahmen ihrer Aufgaben legt die Verwaltungsbehörde, insbesondere auch in Verbindung mit ihrer Funktion als Bescheinigungsbehörde, Vorbeugungsmaßnahmen gegen Betrug fest.
- f. Die Programmpartner beauftragen die Verwaltungsbehörde, ihre Aufgaben im gesamten Programmgebiet wahrzunehmen.
- g. Die Verwaltungsbehörde hat allen Pflichten, die sich aus den in Art. 1 a) genannten Verordnungen, dem Programm, der Entscheidung der Europäischen Kommission zur Genehmigung des Programms sowie dieser Vereinbarung ergeben, nachzukommen. Ungeachtet dessen hat sie ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden institutionellen, gesetzlichen und finanziellen Bestimmungen auszuführen.
- h. Die Programmpartner verpflichten sich gegenüber der IB.SH zur verantwortlichen Mitwirkung bei der Verwaltung und Durchführung des Programms.
- i. Die Verwaltungsbehörde verpflichtet sich dazu, dass im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs die Programmpartner relevantes Wissen zur Programmdurchführung erhalten und dass sie in Angelegenheiten administrativen Charakters, die sich an die Durchführung des Kooperationsprogramms oder diese Vereinbarung knüpfen, einbezogen werden.
- j. Die Aufgabenteilung zwischen Verwaltungsbehörde und Sekretariat ergibt sich aus der Anlage 2 dieser Vereinbarung.
- k. Die Finanzierung der Verwaltungsbehörde erfolgt gemäß Artikel 3 (Technische Hilfe).

2. Sekretariat

- a. Die Programmpartner haben am 21.10.2013 beschlossen, der Region Syddanmark die Aufgabe des Sekretariates zu übertragen. Das Sekretariat hat seinen Sitz in Kruså, Dänemark und nimmt seine Aufgaben im ganzen Programmgebiet gleichermaßen wahr.
- b. Die Region Syddanmark ist Anstellungsträger für das Personal des Sekretariates.
- c. Das Sekretariat unterstützt die Verwaltungsbehörde sowie den Interreg-Ausschuss bei der Durchführung ihrer jeweiligen Aufgaben. Das Sekretariat informiert potenzielle Begünstigte über Fördermöglichkeiten im Rahmen des Programms, unterstützt potenzielle Begünstigte bei der Antragstellung und unterstützt die Begünstigten (Leadpartner und Projektpartner) bei der Durchführung der Vorhaben (im Weiteren auch „Projekte“ genannt). Die Aufgabenteilung zwischen Verwaltungsbehörde und Sekretariat ergibt sich aus der Anlage 2 dieser Vereinbarung.
- d. Die Finanzierung des Sekretariates erfolgt gemäß Artikel 3 (Technische Hilfe).

3. Interreg-Ausschuss

- a. Binnen drei Monaten nach dem Datum der Benachrichtigung über den Beschluss der Europäischen Kommission zur Annahme des Programms richten die Programmpartner im Einvernehmen mit der Verwaltungsbehörde gem. Art. 47 VO (EU) 1303/2013 den Interreg-Ausschuss ein.
- b. Der Interreg-Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Programmpartner sowie Vertretern der Partner gem. Art. 5 VO (EU) 1303/2013 zusammen. Ein Vertreter der Europäischen Kommission kann mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Die Verwaltungsbehörde nimmt am Ausschuss mit beratender Funktion teil. Gem. Art. 48 VO (EU) 1303/2013 haben die beteiligten Programmpartner die Zusammensetzung festgelegt, die in der Geschäftsordnung des Ausschusses aufgeführt ist. Die Verwaltungsbehörde hat die dort genannten Organisationen zur Benennung der Mitglieder und jeweils eines Stellvertreters aufgefordert.
- c. Der Interreg-Ausschuss vergewissert sich der Effizienz und Qualität der Durchführung des Programms durch Wahrnehmung der Aufgaben gem. Art. 49 und Art. 110 VO (EU) 1303/2013. Der Interreg-Ausschuss ist zugleich für die Auswahl der Projekte nach Art. 12 VO (EU) 1299/2013 verantwortlich und legt gemäß Art. 18 Abs. 2 VO (EU) 1299/2013 zusätzliche Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben fest. Eine Zusammenfassung aller Aufgaben des Interreg-Ausschusses wird der Geschäftsordnung des Ausschusses als Anlage beigefügt.

- d. Der Interreg-Ausschuss gibt sich gem. Art. 47 Abs. 3 VO (EU) 1303/2013 in der ersten regulären Sitzung eine Geschäftsordnung im Rahmen der institutionellen, rechtlichen und finanziellen Vorschriften der beiden Mitgliedstaaten. In dieser Geschäftsordnung werden auch die Aufgaben der Mitglieder sowie Regeln zur Befangenheit von Mitgliedern festgelegt.
- e. Alle Beschlüsse des Interreg-Ausschusses werden durch die Mitglieder im Konsens, d.h. einstimmig getroffen. Enthaltungen sind möglich.

4. Prüfbehörde und Second Level Prüfung

- a. Die Prüfbehörde hat ihren Sitz gemäß Art. 21 VO (EU) 1299/2013 in demselben Mitgliedsstaat, in dem auch die Verwaltungsbehörde angesiedelt ist, also in Deutschland. Das MJKE mit Sitz in Kiel übernimmt nach Art. 123 VO (EU) 1303/2013 die Funktion der Prüfbehörde.
- b. Das MJKE ist Anstellungsträger der Mitarbeiter der Prüfbehörde und des deutschen Vertreters in der Prüfergruppe.
- c. Die Prüfbehörde nimmt die Aufgaben wahr, die sich aus Art. 127 VO (EU) 1303/2013 ergeben.
- d. Die Prüfbehörde wird gem. Art. 25 Abs. 2 VO (EU) 1299/2013 von einer Prüfergruppe unterstützt, die jeweils einen Vertreter Dänemarks und Deutschlands umfasst. Die Verwaltungsbehörde gewährt der Prüfergruppe die zur Ausübung ihrer Aufgaben nötige Unterstützung. Die Prüfergruppe wird innerhalb von drei Monaten nach Genehmigung des Programms gebildet und gibt sich eine Geschäftsordnung. Den Vorsitz führt die Prüfbehörde. Die Prüfer sind von den Kontrollinstanzen (im Weiteren First-Level-Controller genannt) funktional unabhängig, die die Überprüfungen nach Art. 23 Abs. 4 VO (EU) 1299/2013 durchführen.
- e. Die Prüfbehörde wird als unabhängige Stelle den vor Einreichung des ersten Antrags auf Zwischenzahlung notwendigen Bericht sowie das Gutachten zur Benennung von Verwaltungsbehörde und Bescheinigungsbehörde gegenüber der Europäischen Kommission nach Art. 124 Abs. 2 VO (EU) 1303/2013 erstellen.
- f. Die Prüfbehörde und der deutsche Vertreter in der Prüfergruppe, den die Prüfbehörde stellt, werden finanziert durch die deutschen Programmpartner. Das maximale Budget sowie die interne Verteilung der Kosten ergeben sich aus der Anlage 3. Der dänische Vertreter in der Prüfergruppe wird von dem dänischen Mitgliedstaat finanziert.
- g. Die Zahlungen der deutschen Programmpartner für die Prüfbehörde und den deutschen Vertreter in der Prüfergruppe erfolgen direkt an das MJKE auf dessen Veranlassung.

Artikel 3 Technische Hilfe

- a. Zur Finanzierung der Kosten der Programmdurchführung für die Jahre 2014-2023, darunter die Kosten der Verwaltungsbehörde und des Sekretariats, stehen den Programmpartnern im Rahmen der technischen Hilfe EFRE-Mittel in Höhe von 6% des Programmvolumens gem. Art. 17 VO (EU) 1299/2013 zur Verfügung.
- b. Zur Deckung aller Kosten erfolgt darüber hinaus eine Kofinanzierung durch die Programmpartner. Dabei kommen die deutschen und die dänischen Programmpartner jeweils für 50% ohne Puffer bzw. 51% mit Puffer gem. Buchstabe k) dieses Artikels der erforderlichen nationalen Kofinanzierung auf.
- c. Die sich daraus ergebenden Finanzierungsanteile eines jeden Programmpartners ergeben sich aus der Anlage 5. Demnach zahlt die Region Syddanmark 54,78% und die Region Sjælland 45,22% der zu zahlenden Kofinanzierung für die dänische Seite. Die zu zahlende Kofinanzierung für die deutsche Seite setzt sich wie folgt zusammen: Alle deutschen Programmpartner zahlen eine jährliche Kofinanzierung, die sich aufteilt in einen Sockelbetrag von 15.000 € pro Partner per anno und eine restliche Summe per anno, die sich über den Bevölkerungsanteil eines jeden deutschen Programmpartners errechnet (s. Anlage 5).

- d. Für die Kofinanzierung der Programmpartner wird ein gesondertes Konto (Kofinanzierungskonto) bei der IB.SH eingerichtet. Darauf sind bis zum 31.03. eines Kalenderjahres die jeweiligen Anteile ohne Puffer der Programmpartner gem. Anlage 5 zu zahlen. Die genaue Kontoverbindung wird den Programmpartnern unverzüglich nach Abschluss dieser Vereinbarung mitgeteilt. Sollte die Freigabe des Puffers oder von Teilen des Puffers durch den Interreg-Ausschuss gem. Buchstabe k) erfolgt sein, stellt die Verwaltungsbehörde eine gesonderte Mittelabforderung an die Programmpartner.
- e. Jeder Programmpartner ist selbst dafür verantwortlich, die vereinbarte Kofinanzierung und den Puffer in ausreichender Höhe für die gesamte Programmlaufzeit in seinem Haushalt bereit zu stellen, so dass sie bis zum Jahr 2023 verfügbar sind.
- f. Die Tabelle in Anlage 5 geht bei der Budgetplanung von einem gleichbleibenden Mittelabfluss und damit einer gleichbleibenden Kofinanzierung über alle Kalenderjahre aus. Die Parteien dieser Vereinbarung sind sich jedoch darüber einig, dass die tatsächlichen Kosten eines Jahres davon abweichen können. Aus diesem Grund findet zum Programmschluss eine Verrechnung statt, sollten die Finanzierungsanteile der Programmpartner den tatsächlichen Kofinanzierungsbedarf übersteigen.
- g. Die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat sind gehalten, die im Budget kalkulierten Stellenanteile über die Dauer der Programmdurchführung vorzuhalten, sofern sich ihre Aufgaben nicht verändern.
- h. Die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat sind verpflichtet, das vereinbarte Budget einzuhalten und die Gesamtsumme nicht zu übersteigen. Die Verwendung der Mittel der Technischen Hilfe unterliegt dem Grundsatz der wirtschaftlichen Haushaltsführung.
- i. Mittelübertragungen zwischen der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat sind innerhalb des Gesamtbudgets möglich, sofern dies im Sinne einer effektiven Arbeitsweise erforderlich sein sollte.
- j. Der Mittelabfluss in den einzelnen Kalenderjahren kann von der Budgetplanung abweichen und richtet sich nach den Aufgaben und Bedürfnissen, die sich aus der Programmverwaltung ergeben. Dafür erstellt die Verwaltungsbehörde für jedes Kalenderjahr eine Finanzplanung, die einschließlich aller etwaigen Änderungen vom Interreg-Ausschuss genehmigt werden muss.
- k. Das vereinbarte Budget enthält einen Puffer für nicht personalbezogene Kosten der Verwaltungsbehörde, der auf Antrag der Verwaltungsbehörde durch den Interreg-Ausschuss freigegeben werden kann.
- l. Die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat nehmen das Budget aus Anlage 4 als Grundlage ihrer Finanzplanung und rechnen die Kosten jährlich anhand der tatsächlichen Kosten gegenüber dem Interreg-Ausschuss und gleichzeitig gegenüber den Programmpartnern bis spätestens zum 30. Juni eines Kalenderjahres ab. Diese Abrechnung ist Bestandteil des Jährlichen Durchführungsberichtes, der an die Europäische Kommission gesendet wird.
- m. Auf Grundlage dieser Abrechnungen erfolgt die entsprechende Zahlungsanforderung an die Europäische Kommission.
- n. Kosten, die in der Verwaltungsbehörde und im Sekretariat nach dem 31.12.2023 entstehen und im Rahmen des Programmabschlusses notwendig sind, sollen über das Gesamtbudget und damit auch über die Kofinanzierung der Programmpartner abgedeckt werden. Diese Kosten müssen vom Interreg-Ausschuss genehmigt werden.
- o. Sollen durch die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat oder durch die Prüfbehörde im Rahmen der Programmdurchführung Aufgaben übernommen werden, die nicht durch diese Vereinbarung und nicht durch das für diese Vereinbarung geltende Budget abgedeckt sind, oder entstehen Mehrkosten aufgrund geänderter allgemeiner Rahmenbedingungen oder Mehrkosten aufgrund geänderter Anforderungen seitens der EU-Kommission, so müssen die Kosten vom Interreg-Ausschuss genehmigt und deren Finanzierung durch die Programmpartner in einer gesonderten Zustimmung übernommen werden.
- p. Eventuell anfallende Zinsen sowohl auf dem Kofinanzierungskonto, auf dem die Kofinanzierungsanteile geführt werden, als auch auf dem Konto, auf dem die EFRE-Mittel des Programms

verwaltet werden (Interreg-Konto), stehen den dänischen und deutschen Programmpartnern je zur Hälfte zu und werden zur Erstattung von anfallenden Verwaltungskosten verwendet.

Artikel 4

Kontrollen auf Projektebene

- a. In Bezug auf Art. 125 Abs. 4 bis 6 VO (EU) 1303/2013 hat die Verwaltungsbehörde die Verantwortung für die dort beschriebenen Überprüfungen. Sie wird jedoch keine Überprüfungen für das gesamte Programmgebiet übernehmen. Diese Aufgabe wird stattdessen gem. Art. 23 Abs. 4 VO (EU) 1299/2013 von unabhängigen nationalen First-Level-Controllern wahrgenommen. Die dänischen und deutschen Programmpartner haben jeweils die Verantwortung dafür, dass die First-Level-Controller auf dänischer und deutscher Seite informiert, ernannt und zertifiziert werden. Die Durchführung des Verfahrens zur Information, Ernennung und Zertifizierung der First-Level-Controller liegt im Verantwortungsbereich der Programmpartner, die diese Aufgabe hiermit an die Verwaltungsbehörde übertragen.
- b. Die Beschreibung zur Auswahl und die Instruktionen der First-Level-Controller durch die Verwaltungsbehörde wird in der Beschreibung gem. Art. 72 VO (EU) 1303/2013 und im Programmhandbuch festgehalten.
- c. Den First-Level-Controllern werden von der Verwaltungsbehörde Unterlagen und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, die eine einheitliche Überprüfung und Bestätigung der Ausgaben der Projekte ermöglichen.
- d. Die Kosten für die First-Level-Prüfungen werden von den Projekten getragen. Die Kosten sind förderfähig.
- e. Die Projektpartner richten über den Leadpartner alle Auszahlungsanträge an das Sekretariat. Im Sekretariat werden die Angaben der Projektpartner und des Leadpartners in Form eines Berichtes über den Durchführungs- und Abrechnungszeitraum und in Form eines zahlenmäßigen Nachweises (Abrechnungsübersicht) geprüft. Es wird überprüft, inwieweit die geplanten Aktivitäten auch tatsächlich durchgeführt wurden und ob die Höhe der getätigten Ausgaben zum Umfang der beschriebenen durchgeführten Aktivitäten passt. Bei dieser Verwaltungsprüfung werden die Angaben und Bestätigungen der First-Level-Controller berücksichtigt; sie sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Prüfungen.
- f. Der First-Level-Controller des Leadpartners vergewissert sich, dass die Ausgaben, die von den an dem Vorhaben beteiligten Projektpartnern gemeldet werden, von einem First-Level-Controller geprüft wurden und bestätigt unter Einbeziehung aller Prüfstelle die Kosten des gesamten Projekts.
- g. Die Verwaltungsbehörde vergewissert sich, dass die Ausgaben aller in einem Vorhaben Begünstigten von einem benannten First-Level-Controller testiert wurden.

Artikel 5 Festlegung von Prozessen und Abläufen für die Durchführung des Programms

1. Auszahlungen

- a. Die IB.SH richtet ein Konto für die Abwicklung aller Zahlungen im Rahmen des Programms (Interreg-Konto) spätestens unmittelbar nach Genehmigung des Programms durch die Europäische Kommission ein.
- b. Die Verwaltungsbehörde als Bescheinigungsbehörde nimmt ihre Aufgaben gem. Art 24 VO (EU) 1299/2013 in Verbindung mit Art. 126 VO (EU) 1303/2013 wahr. Sie ist verantwortlich für die Anforderung der Zahlungen von der Europäischen Kommission sowie für die Auszahlungen an die Leadpartner.
- c. Die Auszahlung an die Leadpartner erfolgt umgehend vorbehaltlich verfügbarer Mittel aus den Vorschüssen gem. Art. 134 VO (EU) 1303/2013, jedoch spätestens 90 Tage nach Eingang des Auszahlungsantrags gem. Art. 132 Abs. 1 der VO (EU) 1303/2013, sofern dieser korrekt und vollständig ist. Der jeweilige Leadpartner ist verantwortlich für die Weiterleitung der entsprechenden Anteile an alle weiteren Projektpartner.
- d. Es werden keine Vorauszahlungen an Begünstigte geleistet, sondern nur Auszahlungen aufgrund tatsächlicher getätigter und geprüfter Ausgaben getätigt.
- e. Die Ausgaben der dänischen Zuschussempfänger, die in Dänischen Kronen und nicht in Euro geführt werden, werden gemäß Art. 28 VO (EU) 1299/2013 in Euro umgerechnet. Die Umrechnung erfolgt anhand des monatlichen Buchungskurses der Europäischen Kommission, der in dem Monat gilt, in dem die Ausgaben dem First-Level-Controller zur Überprüfung vorgelegt werden (Art. 28 Unterabsatz 1 Buchst. b) VO (EU) 1299/2013).

2. Monitoring

- a. Es wird ein elektronisches Datenaustauschsystem gem. Art. 122 Abs. 3 sowie der hierzu erlassenen Durchführungsverordnung und Art. 125 Abs. 2 Buchst. d der VO (EU) 1303/2013 eingerichtet. Dieses System wird den Informationsaustausch zwischen den Begünstigten, der Verwaltungsbehörde und der Prüfbehörde über elektronische Datenaustauschsysteme ermöglichen.
- b. Das System erfasst alle projektrelevanten Daten, um anhand der Programmindikatoren die Steuerung des Programms vornehmen zu können.

3. Projektbewertung, Projektauswahl und Vertragsabschluss

- a. Es wird ein Programmhandbuch erstellt, das alle Informationen enthält für die Antragstellung und die Projektdurchführung sowie alle für eine Projektdurchführung geltenden Förderbestimmungen.
- b. Projektanträge werden beim Sekretariat eingereicht, solange das System für den elektronischen Datenaustausch noch nicht zur Verfügung steht. Es ist vorgesehen, dass es 2015 bis 2020 jährlich zwei Antragsfristen geben wird. Darüber hinaus kann es zusätzliche Fristen geben, wenn sie für die Durchführung des Programms erforderlich sind.
- c. Kriterien zur Projektauswahl werden durch den Interreg-Ausschuss beschlossen.
- d. Das Sekretariat nimmt mit Unterstützung durch die Verwaltungsbehörde eine Prüfung und Bewertung der Projektanträge anhand der Förderbestimmungen im Programmhandbuch und der Antragskriterien vor. Es kontrolliert, ob der Leadpartner und die Projektpartner über die entsprechende Leistungsfähigkeit verfügen, die Aufgaben im Projekt durchzuführen.
- e. Etwaige Kommentare und Hinweise für Nachbesserungen am Projektantrag werden dem Leadpartner schriftlich mitgeteilt. Während der gesamten Antragsphase findet ein enger Dialog zwischen dem Sekretariat und dem Leadpartner statt.

- f. Fertig ausgearbeitete Projektanträge werden dem Interreg-Ausschuss zusammen mit einer abschließenden Bewertung zur Vereinbarkeit des Projektantrags mit dem Programm, seinen Rechtsgrundlagen sowie dem Programmhandbuch und einem Beschlussvorschlag zur Entscheidung vorgelegt. Einbezogen werden auch Stellungnahmen externer Experten, die bei der Bewertung der Anträge hinzugezogen werden können. Diese Experten werden nicht aus Mitteln des Programms finanziert.
- g. Der Interreg-Ausschuss trifft Entscheidungen über die Förderung von Projekten gem. Art. 12 Abs. 1 VO (EU) 1299/2013 unter Berücksichtigung der Relevanz des Projektes für die Programmziele. Genaue Regeln für die Beschlussfassung des Interreg-Ausschusses einschließlich Regelungen im Falle der Befangenheit von Mitgliedern werden in der Geschäftsordnung des Ausschusses festgelegt.
- h. Die Leadpartner werden über die Entscheidungen des Interreg-Ausschusses schriftlich informiert sowie auch über die Gründe, warum ein Antrag abgelehnt wurde oder nicht förderfähig ist.
- i. Im Falle einer positiven Entscheidung des Interreg-Ausschusses wird die Verwaltungsbehörde mit dem jeweiligen Leadpartner einen Vertrag über die Förderung des jeweiligen Projektes schließen – im weiteren „Leadpartner-Vertrag“ genannt. Die Förderung wird ausschließlich in Euro gewährt.

4. Beschwerdemanagement

- a. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung.
- b. Beschwerden von Antragstellern, Leadpartnern und Projektpartnern werden von der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat untersucht und beantwortet. Sofern Beschwerden nicht ausgeräumt werden können oder sie die Aufgaben des Interreg-Ausschusses betreffen, werden Beschwerden gemeinsam von den Vorsitzenden des Interreg-Ausschusses in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat untersucht und beantwortet. Die Vorsitzenden können darüber entscheiden, ob eine Beschwerde in den Interreg-Ausschuss gebracht wird, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Der Interreg-Ausschuss kann darüber entscheiden, ob eine Arbeitsgruppe gegründet wird, die sich mit Beschwerden befasst. Beschwerden, die von den Vorsitzenden des Interreg-Ausschusses und der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat gemeinsam geprüft und beantwortet werden, werden den Mitgliedern des Interreg-Ausschusses in der darauf folgenden Sitzung des Interreg-Ausschusses präsentiert.
- c. Sofern erforderlich können detailliertere Verfahren zum Beschwerdemanagement im Programmhandbuch festgelegt werden.

Artikel 6

Festlegungen im Fall von Schwierigkeiten bei der Durchführung

1. Haftung der Programmpartner

- a. Die Haftung für die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung durch den Begünstigten trägt gegenüber der Europäischen Kommission der Mitgliedstaat, in dem der Begünstigte seinen Sitz hat, wobei im Verhältnis zum jeweiligen Mitgliedstaat die Programmpartner eintreten.
- b. Haben die Verwaltungsbehörde und/oder das Sekretariat den Verdacht auf eine Unregelmäßigkeit oder wurden sie über eine solche informiert, müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden wie das Aussetzen von finanziellen Erstattungen, die an das Projekt gerichtet sind, bis der Verdacht geklärt ist.
- c. Sofern es dem Leadpartner nicht gelingt, aufgrund von Unregelmäßigkeiten gezahlte Beträge von einem Projektpartner einzuziehen oder sofern es der Verwaltungsbehörde nicht gelingt, diese Beträge von dem Leadpartner einzuziehen, werden diese Beträge im Innenverhältnis zwischen den Programmpartnern jeweils von dem Programmpartner der Verwaltungsbehörde erstattet, in dessen Gebiet (Region, Kreis, Stadt) der betreffende Projektpartner seinen Sitz hat.
- d. Sollte es sich um einen Projektpartner handeln, der außerhalb des Programmgebietes seinen Sitz hat, so erstreckt sich die Haftung auf alle Programmpartner. Die Verteilung erfolgt nach dänischer und deutscher Seite getrennt und wird prozentual anhand der Bevölkerungszahlen mit Stand 01.01.2012 berechnet.
- e. Im Hinblick auf die Ausgaben der Technischen Hilfe, die auf Grundlage einer gemeinsamen Entscheidung der Programmpartner getätigt werden, tragen die Programmpartner gemeinsam die Haftung entsprechend ihrer prozentualen Anteile im Gesamtbudget der Technischen Hilfe.
- f. Unabhängig von Abs. (a) und (c) haften die Anstellungskörperschaften für Verwaltungsbehörde und Sekretariat alleine für die unsachgemäße Verwendung der Technischen Hilfe sowie für eigenes Fehlverhalten einschließlich dem seiner Mitarbeiter. Das MJKE haftet als Anstellungsträger für das Fehlverhalten der Mitarbeiter der Prüfbehörde und des deutschen Vertreters in der Prüfergruppe.

2. Unregelmäßigkeiten und Wiedereinziehung von Beträgen

- a. Die Verantwortung zur Erstellung einer Grundlage für die eventuelle Mitteilung von Unregelmäßigkeiten nach Art. 122 Abs. 2 VO (EU) 1303/2013 an die zuständigen nationalen Stellen obliegt der Verwaltungsbehörde. Die Verwaltungsbehörde unterrichtet die zuständigen nationalen Stellen und stellt die Übermittlung von relevanten Informationen für die Erstellung der Mitteilung sicher. Gleichzeitig wird die Prüfbehörde unterrichtet.
- b. Stellt die Prüfbehörde eine Unregelmäßigkeit fest, so hat sie die Verwaltungsbehörde unverzüglich zu informieren. Stellen Verwaltungsbehörde und/oder das Sekretariat eine Unregelmäßigkeit fest, so haben sie die Prüfbehörde unverzüglich zu informieren. Die Verwaltungsbehörde hat dann den Interreg-Ausschuss darüber schnellst möglich zu unterrichten.
- c. Die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat begleiten die weitere Nachbereitung der Prüf- und Kontrollberichte der Prüfbehörde, hierunter Nachbereitung aller festgestellten Unregelmäßigkeiten.
- d. Unbeschadet der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Aufdeckung und Behebung von Unregelmäßigkeiten sowie die Wiedereinziehung von ohne rechtlichen Grund gezahlten Beträgen, stellt die Verwaltungsbehörde gem. Art. 27 Abs. 2 VO (EU) 1299/2013 sicher, dass alle aufgrund von Unregelmäßigkeiten gezahlten Beträge bei dem federführenden Begünstigten (Leadpartner) wieder eingezogen werden. Projektpartner müssen dem Leadpartner unrechtmäßig gezahlte Beträge zurückerstatten.

- e. Zusätzlich zur Wiedereinziehung von Beträgen ist die (teilweise) Auflösung des Leadpartner-Vertrages eine mögliche Konsequenz von Unregelmäßigkeiten. Näheres wird im Leadpartner-Vertrag geregelt. Die Entscheidung über die Auflösung des Leadpartner-Vertrages trifft die Verwaltungsbehörde in Abstimmung mit dem Interreg-Ausschuss.

3. Finanzkorrekturen und Systemfehler

- a. Die Prüfbehörde, die Prüfergruppe, die Europäische Kommission oder der Europäische Rechnungshof können während der Durchführung des Programms und/oder bei Programmabschluss Systemfehler oder andere Fehler auf Programmebene feststellen, die zu Finanzkorrekturen gem. Art. 85 und 144-147 VO (EU) 1303/2013 führen können.
- b. Sofern seitens der EU-Kommission Finanzkorrekturen vorgenommen werden, die auf Fehler im Programmsystem zurückzuführen sind, erfolgt die Aufteilung der Finanzkorrekturen ungeachtet des Zeitpunktes der Entdeckung von Fehlern auf die Programmpartner anhand der Anteile, die bis zur Mitteilung der Europäischen Kommission über die Finanzkorrektur insgesamt an die Projektpartner ausgezahlt wurden.
- c. Sofern seitens der EU-Kommission Finanzkorrekturen vorgenommen werden, die auf Fehler nationaler Systeme zurückzuführen sind, erfolgt die Aufteilung der Finanzkorrekturen auf die Programmpartner im betroffenen Mitgliedstaat ungeachtet des Zeitpunktes der Entdeckung von Fehlern anhand der Anteile, die bis zur Mitteilung der Europäischen Kommission über die Finanzkorrektur insgesamt an die Projektpartner in dem betroffenen Mitgliedstaat ausgezahlt wurden.

4. Programmunterbrechung oder Aussetzung von Zahlungen

- a. Im Falle einer Programmunterbrechung oder Aussetzung der Zahlung seitens der Europäischen Kommission ist die Liquidität des Programms betroffen. Die Verwaltungsbehörde und das Sekretariat werden die zugrundeliegenden Probleme so schnell wie möglich und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln mit der Europäischen Kommission und ggf. mit den betreffenden Projektpartnern klären, um die Programmunterbrechung zu beenden.
- b. Auf Projektebene kann die Verwaltungsbehörde eine Unterbrechung/Aussetzung von Zahlungen verhängen, sofern der Leadpartner und/oder Projektpartner ihren Verantwortlichkeiten gemäß dem Leadpartner-Vertrag nicht nachkommen oder der Verdacht auf Unregelmäßigkeiten oder Fehler sowie Zahlungsunfähigkeit besteht, die ein Risiko für das Programm-Budget darstellen. Nähere Details werden im Programm-Handbuch und im Leadpartner-Vertrag geregelt.

5. Gerichtliche und außergerichtliche Verfahren gegen Projektpartner

- a. Im Falle von gerichtlichen oder außergerichtlichen Verfahren gegen einen Projektpartner gelten dieselben Regelungen für die gegenseitige Unterrichtung sowie für die Klärung und gegebenenfalls Wiedereinziehung von Beträgen wie im Falle von Unregelmäßigkeiten (vgl. Abs. 2). Die Regelungen für die Haftung der Programmpartner (vgl. Abs. 1) finden Anwendung.
- b. Zusätzlich zur Wiedereinziehung von Beträgen ist die (teilweise) Auflösung des Leadpartner-Vertrages eine mögliche Konsequenz, um fortzufahren. Näheres wird im Leadpartner-Vertrag geregelt. Die Entscheidung über die Auflösung des Leadpartner-Vertrages trifft die Verwaltungsbehörde in Abstimmung mit dem Interreg-Ausschuss.

6. Zahlungsunfähigkeit von Projektpartnern

- a. Verfahren für den Fall der Zahlungsunfähigkeit von Projektpartnern werden im Leadpartner-Vertrag und im Programmhandbuch geregelt. Grundsätzlich hat der Projektpartner die Pflicht,

den Leadpartner, die anderen Projektpartner sowie die Verwaltungsbehörde über die Zahlungsunfähigkeit zu informieren.

- b. Eine Wiedereinziehung von Beträgen sowie eine (teilweise) Auflösung des Leadpartner-Vertrages gem. Abs. 5 können die Folge sein. Die Entscheidung über die Auflösung des Leadpartner-Vertrages trifft die Verwaltungsbehörde in Abstimmung mit dem Interreg-Ausschuss.

7. Regelungen zum Programmabschluss

- a. Der Programmabschluss wird unter Federführung der Verwaltungsbehörde zusammen mit dem Sekretariat und der Prüfbehörde gem. Art. 141 VO (EU) 1303/2013 durchgeführt.
- b. Der Programmabschluss wird soweit wie möglich innerhalb des Förderfähigkeitszeitraumes (Art. 65 Abs. 2 VO (EU) 1303/2013) vorbereitet, um Kosten und Aufwand für die Programmpartner bzw. das Nachfolgeprogramm nach dem Ende des Förderfähigkeitszeitraumes am 31.12.2023 so gering wie möglich zu halten.
- c. Die Aufbewahrung der Dokumente auf Programmebene erfolgt gemäß Art. 140 VO (EU) 1303/2013.

Artikel 7 Weitere Regelungen

1. Festlegung der Arbeitssprachen

Die Arbeitssprachen des Programms sind grundsätzlich deutsch und dänisch. Offizielle Dokumente, Antragsunterlagen, Unterlagen für den Interreg-Ausschuss, offizielle Berichterstattungen und Publikationen sind in beiden Sprachen abzufassen. Übersetzungen werden entweder vom Interreg-Sekretariat oder der Verwaltungsbehörde selbst oder extern ausgeführt und aus der technischen Hilfe finanziert. Für die Ausschusssitzungen werden Simultandolmetscher bestellt.

2. Nichtbeachtung von Vereinbarungen und Fristsetzungen – Sanktionen

- a. Konsequenzen der Nichtbeachtung von Bestimmungen, Fristen oder vertraglichen Vereinbarungen auf Projektebene werden im Leadpartner-Vertrag sowie im Programm-Handbuch dargestellt.
- b. Fälle der Nichteinhaltung von Regelungen und Vereinbarungen zwischen den beteiligten Programmpartnern, der Prüfbehörde und/oder der IB.SH werden von Fall zu Fall im Interreg-Ausschuss behandelt.

3. Änderungen der Vereinbarung

- a. Änderungen dieser Vereinbarung können nur schriftlich und im Einvernehmen aller Parteien dieser Vereinbarung getroffen werden.
- b. Sollte eine Bestimmung ganz oder teilweise nichtig, unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden, werden die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit aller übrigen Bestimmungen davon nicht berührt.

4. Schiedsklausel

- a. Bei Streitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung oder über ihre Gültigkeit ergeben, verpflichten sich die Parteien dieser Vereinbarung, einvernehmlich eine gütliche Regelung anzustreben.

- b. Sollten die Parteien allein keine gütliche Regelung erreichen, so soll ein Mediationsverfahren nach der Mediationsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V. in der jeweils aktuellen Fassung durchgeführt werden.
- c. Für Streitigkeiten, die auch nicht im Rahmen eines Mediationsverfahrens beigelegt werden können, wird folgendes vereinbart: Die Streitigkeiten werden nach der Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V. in der jeweils gültigen Fassung endgültig entschieden. Der Ort des Schiedsverfahrens ist Kiel. Die Anzahl der Schiedsrichter beträgt drei. Das anwendbare materielle Recht ist das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 8

Inkrafttreten und Geltungsdauer

- a. Diese Vereinbarung tritt mit der Unterzeichnung durch die Programmpartner, die IB.SH und das MJKE und dem Vorliegen der Einwilligung von Erhvervsstyrelsen sowie der Einwilligung des Landes Schleswig-Holstein rückwirkend zum 01.01.2014, dem Beginn des Förderfähigkeitszeitraumes gem. Art. 65 Abs. 2 VO (EU) 1303/2013, in Kraft.
- b. Diese Vereinbarung gilt für die Dauer der vollständigen Durchführung des Interreg 5A-Programms Deutschland-Danmark 2014-2020 einschließlich des Endes der Aufbewahrungsfrist gem. Art. 140 Abs. 1 VO (EU) 1303/2013.

Indhold

Indledende bemærkninger.....	16
Artikel 1 Aftalens formål.....	17
Artikel 2 Organer til gennemførelse af programmet	17
1. Forvaltningsmyndighed	17
2. Sekretariat	18
3. Interreg-udvalg.....	18
4. Revisionsmyndighed og second level kontrol	19
Artikel 3 Teknisk bistand	19
Artikel 4 Kontroller på projektniveau	20
Artikel 5 Fastlæggelse af processer og procedurer for gennemførelsen af programmet.....	21
1. Udbetalinger.....	21
2. Overvågning	21
3. Projektvurdering, projektudvælgelse og indgåelse af aftale	22
4. Behandling af klager	22
Artikel 6 Regler i tilfælde af vanskeligheder ved gennemførelsen.....	23
1. Programpartnernes hæftelse	23
2. Uregelmæssigheder og inddrivelse af beløb.....	23
3. Finansielle korrektioner og systemfejl	24
4. Afbrydelse af programmet eller udsættelse af betalinger.....	24
5. Retslige og udenretslige sager mod projektpartnere.....	24
6. Projektpartneres insolvens.....	24
7. Bestemmelser om afslutning af programmet	25
Artikel 7 Yderligere bestemmelser	25
1. Fastlæggelse af arbejdssprog	25
2. Ikke-overholdelse af aftaler og frister – sanktioner	25
3. Ændringer af aftalen.....	25
4. Voldgiftsklausul	25
Artikel 8 Ikrafttræden og varighed	26
Bilag 1 Europa-Kommissionens godkendelse af programmet	28
Bilag 2 Opgavefordeling for Teknisk bistand	42
Bilag 3 Udgifter til revisionsmyndigheden	47
Bilag 4 Budget for Teknisk bistand.....	48
Bilag 5 Programpartnernes medfinansieringsandele	49

Aftale om etablering af forvaltnings- og kontrolsystemet og om gennemførelsen af samarbejdsprogrammet Interreg 5A Deutschland-Danmark 2014-2020

mellem:

Region Sjælland og Region Syddanmark på dansk side og **Kreis Nordfriesland, Kreis Schleswig-Flensburg, Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kreis Ostholstein og Kreis Plön** samt bykommunerne **Kiel, Flensburg, Neumünster og Lübeck** på tysk side, herefter hver for sig eller samlet kaldet "Program-partner(e)",

Investitionsbank Schleswig-Holstein, Fleethörn 29-31, 24103 Kiel, Tyskland, v/ direktionen, som programmets forvaltningsmyndighed, herefter kaldet "IB.SH", samt

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein for programmets revisionsmyndighed, herefter kaldet "MJKE".

For at forenkle underskrivelsesproceduren indgår hver programpartner nærværende aftale med identisk ordlyd bilateralt med IB.SH og MJKE for revisionsmyndigheden. De enkelte eksemplarer af aftalen udgør herefter samlet en fælles aftale, som kun kan ændres efter enstemmig beslutning af alle programpartnere, IB.SH og MJKE for revisionsmyndigheden.

Indledende bemærkninger

De i nærværende aftale anvendte stillings- og funktionsbetegnelser er kønsneutrale.

Land Schleswig-Holstein som ejer af IB.SH og Erhvervsstyrelsen i København er ikke parter i nærværende aftale, men giver deres samtykke til indgåelse af aftalen.² Erhvervsstyrelsen indgår desuden en særskilt aftale med de to danske regioner.

² cc: Land Schleswig-Holstein i henhold til § 8, stk. 2 i Investitionsbankgesetz og Erhvervsstyrelsen i henhold til § 29 i Bekendtgørelse nr. 532.

Artikel 1 Aftalens formål

- a. Programpartnerne, forvaltningsmyndigheden og revisionsmyndigheden gennemfører i fællesskab samarbejdsprogrammet "Interreg 5A Deutschland-Danmark 2014-2020" (CCI 2014TC16RFCB056) – herefter kaldet "Program" – i henhold til Europa-Kommissionens afgørelse af 17.12.2014 (bilag 1) under iagttagelse af især Europa-Parlamentets og Rådets Forordning (EU) nr. 1303/2013 af 17. december 2013 – herefter kaldet "FO (EU) 1303/2013" – og Europa-Parlamentets og Rådets Forordning (EU) nr. 1299/2013 af 17. december 2013 – herefter kaldet "FO (EU) 1299/2013" – samt de til nævnte forordninger af Europa-Kommissionen udstedte delegerede forordninger og gennemførelsesforordninger. På dansk side gennemføres programmet desuden i overensstemmelse med bekendtgørelserne nr. 144 af 18.02.2014, nr. 532 af 27.05.2014 og nr. 586 af 03.06.2014.
- b. Opgaver og forpligtelser i forbindelse med gennemførelsen af programmet fastlægges i nærværende aftale mellem programpartnerne, IB.SH og MJKE som revisionsmyndighed.
- c. Alle deltagere i programmet forpligter sig indbyrdes til at medvirke ansvarligt til effektiv og korrekt forvaltning og gennemførelse af programmet.

Artikel 2 Organer til gennemførelse af programmet

Til gennemførelse af programmet etableres følgende myndigheder og organer:

1. En forvaltningsmyndighed
2. Et fælles sekretariat, herefter kaldet "sekretariatet"
3. Et overvågningsudvalg, herefter kaldet "Interreg-udvalget"
4. En revisionsmyndighed, som bistås af en revisorgruppe

1. Forvaltningsmyndighed

- a. Forvaltningsmyndigheden er ansvarlig for forvaltning og gennemførelse af programmet i sin helhed. Forvaltningsmyndigheden varetager samtidig funktionen som attesteringsmyndighed på basis af art. 21, stk. 1 i FO (EU) 1299/2013 .
- b. Programpartnerne besluttede den 21.10.2013, at ansvaret og funktionen som forvaltningsmyndighed i henhold til art. 125 i FO (EU) 1303/2013 og art. 23 i FO (EU) 1299/2013 og som attesteringsmyndighed i henhold til art. 126 i FO (EU) 1303/2013 og art. 24 i FO (EU) 1299/2013 overdrages til IB.SH. Forvaltningsmyndigheden har sæde hos IB.SH i Kiel, Tyskland.
- c. Forvaltningsmyndigheden etablerer efter aftale med programpartnerne et fælles sekretariat i henhold til art. 23, stk. 2 i FO (EU) 1299/2013, som bistår forvaltningsmyndigheden og Interreg-udvalget ved deres respektive opgaver.
- d. IB.SH er ansættende myndighed for medarbejdere til forvaltningsmyndigheden.
- e. Som led i sine opgaver fastsætter forvaltningsmyndigheden forebyggende foranstaltninger mod bedrageri, især i forbindelse med funktionen som attesteringsmyndighed.
- f. Programpartnere pålægger forvaltningsmyndigheden at varetage sine opgaver i hele programområdet og betjene hele området på lige vilkår.
- g. Forvaltningsmyndigheden skal efterkomme alle forpligtelser, som fremgår af de i art. 1 a) nævnte forordninger, programmet, Europa-Kommissionens afgørelse om godkendelse af programmet samt nærværende aftale. Desuagtet skal forvaltningsmyndigheden udføre sine opgaver i overensstemmelse med de i Forbundsrepublikken Tyskland gældende institutionelle, lovmæssige og finansielle bestemmelser.

- h. Programpartnerne forpligter sig over for IB.SH til at medvirke ansvarligt til programmets forvaltning og gennemførelse.
- i. Forvaltningsmyndigheden forpligter sig til, at programpartnerne inden for rammerne af deres respektive ansvarsområder modtager relevant information om programgennemførelsen, og at de inddrages i sager af administrativ karakter, som knytter sig til gennemførelsen af kooperationsprogrammet eller denne partneraftale.
- j. Fordelingen af opgaverne mellem forvaltningsmyndigheden og sekretariatet fremgår af bilag 2 til nærværende aftale.
- k. Forvaltningsmyndigheden finansieres i henhold til artikel 3 i nærværende aftale (Teknisk bistand).

2. Sekretariat

- a. Programpartnerne besluttede den 21.10.2013 at overdrage sekretariatsfunktionen til Region Syddanmark. Sekretariatet har sæde i Kruså, Danmark, og varetager sekretariatsopgaven i hele programområdet på lige vilkår.
- b. Region Syddanmark er ansættende myndighed for personale til sekretariatet.
- c. Sekretariatet bistår forvaltningsmyndigheden samt Interreg-udvalget ved gennemførelsen af deres respektive opgaver. Sekretariatet informerer potentielle støttemodtagere om programmets støttemuligheder, bistår potentielle støttemodtagere i ansøgningsfasen samt vejleder støttemodtagerne (leadpartnere og projektpartnere) ved gennemførelsen af deres operationer (herefter kaldet "projekter"). Opgavefordelingen mellem forvaltningsmyndigheden og sekretariatet fremgår af bilag 2 til nærværende aftale.
- d. Sekretariatet finansieres i henhold til artikel 3 (Teknisk bistand).

3. Interreg-udvalg

- a. Inden for tre måneder efter datoen for meddelelsen om Europa-Kommissionens beslutning om godkendelse af programmet etablerer programpartnerne Interreg-udvalget efter aftale med forvaltningsmyndigheden i henhold til art. 47 i FO (EU) 1303/2013.
- b. Interreg-udvalget er sammensat af repræsentanter for programpartnerne samt repræsentanter for partnerne i henhold til art. 5 i FO (EU) 1303/2013. En repræsentant for Europa-Kommissionen kan deltage i møderne med rådgivende funktion. Forvaltningsmyndigheden deltager i udvalget med rådgivende funktion. I henhold til art. 48 i FO (EU) 1303/2013 har de deltagende programpartnere fastlagt sammensætningen, som fremgår af udvalgets forretningsorden. Forvaltningsmyndigheden har opfordret de dér nævnte organisationer til at udpege medlemmerne samt en suppleant for hver af disse.
- c. Interreg-udvalget forvisser sig om effektiviteten og kvaliteten af gennemførelsen af programmet ved at varetage opgaverne i henhold til art. 49 og art. 110 i FO (EU) 1303/2013. Interreg-udvalget er samtidig ansvarlig for udvælgelse af projekterne i henhold til art. 12 i FO (EU) 1299/2013 og fastsætter i henhold til art. 18, stk. 2 i FO (EU) 1299/2013 supplerende bestemmelser for støtteberettigede udgifter. En oversigt over alle Interreg-udvalgets opgaver skal indgå som bilag til udvalgets forretningsorden.
- d. Interreg-udvalget vedtager i henhold til art. 47, stk. 3 i FO (EU) 1303/2013 på sit første ordinære møde en forretningsorden i overensstemmelse med de to medlemslandes institutionelle, lov-mæssige og finansielle bestemmelser. I denne forretningsorden fastlægges også medlemmernes opgaver samt regler vedrørende medlemmers inhabilitet.
- e. Alle beslutninger i Interreg-udvalget træffes i enighed af medlemmerne, d.v.s. enstemmigt. Det er muligt at undlade at stemme.

4. Revisionsmyndighed og second level kontrol

- a. Revisionsmyndigheden er i henhold til art. 21 i FO (EU) 1299/2013 placeret i det medlemsland, hvor også forvaltningsmyndigheden er placeret, det vil sige i Tyskland. MJKE i Kiel påtager sig i henhold til art. 123 i FO (EU) 1303/2013 funktionen som revisionsmyndighed.
- b. MJKE ansætter revisionsmyndighedens medarbejdere og den tyske repræsentant i Revisorgruppen.
- c. Revisionsmyndigheden varetager de opgaver, der fremgår af art. 127 i FO (EU) 1303/2013.
- d. Revisionsmyndigheden bistås i henhold til art. 25, stk. 2 i FO (EU) 1299/2013 af en revisorgruppe, som omfatter en repræsentant for Danmark såvel som en repræsentant for Tyskland. Forvaltningsmyndigheden giver Revisorgruppen den bistand, der er nødvendig, for at Revisorgruppen kan udføre sine opgaver. Revisorgruppen dannes inden for tre måneder, efter at programmet er godkendt, og udarbejder selv sin forretningsorden. Formandskabet ligger hos revisionsmyndigheden. Revisorerne er funktionelt uafhængige af kontrolinstanser (herefter kaldet first level controllere), som foretager verifikationer i henhold til art. 23, stk. 4 i FO (EU) 1299/2013.
- e. Revisionsmyndigheden udarbejder som uafhængigt organ den rapport, som kræves inden fremsendelse af den første udbetalingsanmodning, samt erklæringen om udpegning af forvaltningsmyndigheden og Attesteringsmyndigheden over for Europa-Kommissionen i henhold til art. 124, stk. 2 i FO (EU) 1303/2013.
- f. Revisionsmyndigheden og Revisorgruppens tyske repræsentant, som revisionsmyndigheden udpeger, finansieres af de tyske programpartnere. Internt fordeles omkostningerne i henhold til bilag 3, som også viser det maksimale budget. Det danske medlem af revisionsgruppen finansieres af medlemsstaten Danmark.
- g. De tyske programpartnere betaler til revisionsmyndigheden og den tyske repræsentant i Revisorgruppen sker direkte til MJKE på ministeriets foranledning.

Artikel 3 Teknisk bistand

- a. Til finansiering af udgifterne i forbindelse med gennemførelsen af programmet i årene 2014-2023, herunder udgifterne til forvaltningsmyndigheden og sekretariatet, råder programpartnere over Teknisk bistand på 6% af programmets EFRU-midler i henhold til art. 17 i FO (EU) 1299/2013.
- b. Derudover skal programpartnere stille en medfinansiering til dækning af alle udgifter. Denne medfinansiering fordeles på de danske hhv. de tyske programpartnere med 50% til hver uden den i litra k i denne artikel nævnte buffer eller med 51% til hver med buffer.
- c. Den heraf fremkomne finansieringsandel for den enkelte programpartner fremgår af bilag 5. Således betaler Region Syddanmark 54,78% og Region Sjælland 45,22% af medfinansieringen på dansk side. Medfinansieringen på tysk side er sammensat som følger: Alle tyske programpartnere yder en årlig medfinansiering, som er delt op i et grundbeløb på 15.000 € per partner pro anno og et restbeløb pro anno, som beregnes ud fra den enkelte tyske programpartners befolkningsandel. Beløbene fremgår af bilag 5.
- d. Der oprettes en særskilt konto (medfinansieringskonto) til programpartnernes medfinansiering hos IB.SH. Programpartnernes respektive andele uden buffer indbetales i henhold til bilag 5 til denne konto senest den 31. marts i hvert kalenderår. De nøjagtige kontooplysninger meddeles programpartnere umiddelbart efter at nærværende aftale er indgået. Bliver det nødvendigt at Interreg-udvalget i henhold til litra k frigiver bufferen eller dele af denne, udarbejder forvaltningsmyndigheden en særlig ansøgning om dette til programpartnere.

- e. Den enkelte programpartner er selv ansvarlig for at afsætte den aftalte medfinansiering og buffer for den samlede programløbetid, således at de er til rådighed indtil år 2023.
- f. Tabellen i bilag 5 forudsætter ved budgetteringen et jævnt træk på midlerne og dermed en jævn medfinansiering over alle kalenderår. Aftaleparterne er dog enige om, at de faktiske udgifter for et år kan afvige herfra. Af denne grund foretages der ved afslutningen af programmet en opgørelse og efterfølgende refusion, såfremt programpartnernes finansieringsandele overstiger det faktiske medfinansieringsbehov.
- g. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet er forpligtet til at bibeholde de i budgettet kalkulerede stillingsandele i hele programmets gennemførelsesperiode, såfremt deres opgaver ikke ændres.
- h. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet er forpligtet til at overholde det aftalte budget og til ikke at overskride det fastlagte samlede beløb. Midlerne til Teknisk bistand anvendes i overensstemmelse med princippet om forsvarlig økonomisk forvaltning.
- i. Det er muligt at forskyde midler mellem forvaltningsmyndigheden og sekretariatet inden for det samlede budget, såfremt dette måtte være nødvendigt af hensyn til en effektiv arbejdsmåde.
- j. Trækket på midlerne i de enkelte kalenderår kan afvige fra det godkendte budget og retter sig efter de opgaver og behov, der fremkommer ved programadministrationen. Til dette formål udarbejder forvaltningsmyndigheden for hvert kalenderår et revideret budget, som inklusive alle eventuelle ændringer skal godkendes af Interreg-udvalget.
- k. Det aftalte budget indeholder en buffer til forvaltningsmyndighedens ikke personalerelaterede omkostninger, som efter anmodning fra forvaltningsmyndigheden kan frigives af Interreg-udvalget.
- l. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet anvender budgettet i bilag 4 som grundlag for deres regnskab og rapporterer årligt disse omkostningerne i forhold til de faktiske omkostninger over for Interreg-udvalget og samtidig over for programpartnerne senest den 30. juni i hvert kalenderår. Denne rapportering er del af den årlige gennemførelsesrapport, som sendes til Europa-Kommissionen.
- m. Denne rapportering danner grundlag for udbetalingsanmodningen til Europa-Kommissionen.
- n. Udgifter, der påløber hos forvaltningsmyndigheden og sekretariatet efter 31.12.2023, og som er nødvendige som led i afslutningen af programmet, skal dækkes via det samlede budget og dermed også via programpartnernes medfinansiering. Disse udgifter skal godkendes af Interreg-udvalget.
- o. Såfremt forvaltningsmyndigheden og sekretariatet, eller revisionsmyndigheden, som led i gennemførelsen af programmet varetager opgaver, som ikke er dækket af nærværende aftale og ikke af det for aftalen gældende budget, eller opstår der meromkostninger på grund af ændrede generelle rammebetingelser eller meromkostninger på grund af ændrede krav fra Europa-Kommissionens side, skal omkostningerne godkendes af Interreg-udvalget. Finansieringen af disse kræver særskilt godkendelse af programpartnerne.
- p. Eventuelt påløbende renter både på medfinansieringskontoen, hvor medfinansieringsandelene bogføres, og på den konto, hvor programmets EFRU-midler forvaltes (Interreg-kontoen), tilfalder de danske og tyske programpartnere med halvdelen til hver og anvendes til refusion af afholdte administrationsudgifter.

Artikel 4

Kontroller på projektniveau

- a. Forvaltningsmyndigheden er ansvarlig for de kontroller, der beskrives i art. 125, stk. 4 til 6 i FO (EU) 1303/2013. Forvaltningsmyndigheden foretager dog ingen verifikationer for hele programområdet. I stedet udføres denne opgave i henhold til art. 23, stk. 4 i FO (EU) 1299/2013 af uafhængige nationale first level controllere (tilsynsførende). De danske og tyske programpartnere

- har hver især ansvaret for at informere, udpege og certificere de tilsynsførende på henholdsvis dansk og tysk side. Ansvaret for gennemførelsen af proceduren for information, udpegning og certificering af first level controllere ligger hos programpartnerne, som hermed overdrager denne opgave til forvaltningsmyndigheden.
- b. Beskrivelsen af forvaltningsmyndighedens udvælgelse og instruktion af first level controllere nedfældes i programhåndbogen og i beskrivelsen i henhold til art. 72 i FO (EU) 1303/2013.
 - c. First level controllere får af forvaltningsmyndigheden stillet dokumenter og hjælpemidler til rådighed, som muliggør en ensartet verifikation og bekræftelse af projekternes udgifter.
 - d. Udgifterne til first level controllere bæres af projekterne. Udgifterne er støtteberettigede.
 - e. Projektpartnerne retter via leadpartneren alle udbetalingsanmodninger til sekretariatet. I sekretariatet kontrolleres projektpartnerens og leadpartnerens oplysninger i form af en rapport om gennemførelses- og afregningsperioden og i form af en talmæssig dokumentation (regnskab). Det kontrolleres, hvorvidt de planlagte aktiviteter rent faktisk er blevet gennemført, og om størrelsen af de afholdte udgifter svarer til omfanget af de beskrevne gennemførte aktiviteter. Ved denne administrative kontrol tages der hensyn til oplysninger og bekræftelser fra first level controllere, som er en væsentlig bestanddel af disse kontroller.
 - f. Leadpartnerens first level controller sikrer sig, at udgifterne, som anmeldes af de projektpartnere, der deltager i projektet, er blevet kontrolleret af en first level controller, og bekræfter under inddragelse af alle erklæringer det samlede projekts udgifter.
 - g. Forvaltningsmyndigheden sikrer sig, at udgifterne hos alle støttemodtagere i et projekt er blevet verificeret af en udpeget first level controller.

Artikel 5

Fastlæggelse af processer og procedurer for gennemførelsen af programmet

1. Udbetalinger

- a. IB.SH opretter en konto til afvikling af alle betalinger inden for rammerne af programmet (Interreg-konto) senest umiddelbart efter Europa-Kommissionens godkendelse af programmet.
- b. Forvaltningsmyndigheden som attesteringsmyndighed udfører sine opgaver i henhold til art. 24 FO (EU) 1299/2013 sammenholdt med art. 126 FO (EU) 1303/2013. Den er ansvarlig for anmodningen om betalingerne fra Europa-Kommissionen samt for udbetalingerne til leadpartnerne.
- c. Udbetalingen til leadpartnerne sker omgående med forbehold for disponible midler fra forskudene i henhold til art. 134 i FO (EU) 1303/2013 dog senest 90 dage efter modtagelse af udbetalingsanmodningen i henhold til art. 132, stk. 1 i FO (EU) 1303/2013, såfremt denne er korrekt og fuldstændig. Den enkelte leadpartner er ansvarlig for at videresende de respektive andele til alle øvrige projektpartnere.
- d. Der ydes ingen forudbetalinger til støttemodtagere, men kun udbetalinger på basis af faktisk afholdte og kontrollerede udgifter.
- e. Udgifterne hos de danske støttemodtagere, som føres i danske kroner og ikke i euro, omregnes i henhold til art. 28 i FO (EU) 1299/2013 til euro. Omregningen sker ved hjælp af Europa-Kommissionens månedlige bogføringskurs, som gælder i den måned, hvor udgifterne forelægges first level controlleren til kontrol (art. 28, underafsnit 1, litra b) i FO (EU) 1299/2013).

2. Overvågning

- a. Der oprettes et elektronisk overvågningssystem i henhold til art. 122, stk. 3 samt den dertil hørende gennemførelsesforordning og art. 125, stk. 2, litra d) i FO (EU) 1303/2013. Dette system

muliggør informationsudveksling mellem støttemodtagerne, forvaltningsmyndigheden og revisionsmyndigheden via elektroniske dataudvekslingssystemer.

- b. Systemet indeholder alle projektrelevante data, således at styring af programmet kan finde sted på basis af programindikatorerne.

3. Projektvurdering, projektudvælgelse og indgåelse af aftale

- a. Der udarbejdes en programhåndbog, som indeholder samtlige informationer i forbindelse med ansøgning til og gennemførelse af projektet samt alle støttebestemmelser, som gælder for gennemførelsen af et projekt.
- b. Projektansøgninger indsendes til sekretariatet, så længe systemet til elektronisk dataudveksling endnu ikke er til rådighed. Det forudsættes, at der fra 2015 frem til 2020 vil være to ansøgningsfrister om året. Derudover kan der være yderligere frister, såfremt de er nødvendige for gennemførelsen af programmet.
- c. Kriterier for projektudvælgelse besluttet af Interreg-udvalget.
- d. Sekretariatet foretager med bistand fra forvaltningsmyndigheden et gennemsyn og en vurdering af projektansøgningerne på basis af støttebestemmelserne i programhåndbogen og ansøgningskriterierne. Det vurderer, om leadpartneren og projektpartnerne er i besiddelse af den nødvendige kapacitet til at gennemføre opgaverne i projektet.
- e. Eventuelle kommentarer og forslag til korrektioner af projektansøgningen meddeles leadpartneren skriftligt. I hele ansøgningsfasen foregår der en tæt dialog mellem sekretariatet og leadpartneren.
- f. Endeligt gennemarbejdede projektansøgninger forelægges Interreg-udvalget sammen med en afsluttende vurdering om, at projektansøgningen er i overensstemmelse med programmet, det retlige grundlag samt programhåndbogen, og en indstilling til beslutning. Endvidere inddrages udtalelser fra eksterne eksperter, som kan medvirke ved vurderingen af ansøgningerne. Disse eksperter finansieres ikke inden for programmet.
- g. Interreg-udvalget træffer beslutning om støtte til projekter i henhold til art. 12, stk. 1 i FO (EU) 1299/2013 under hensyntagen til projektets relevans for programmets mål. De nøjagtige regler med hensyn til beslutningstagning i Interreg-udvalget, herunder regler for medlemmers inhabilitet, fastsættes i udvalgets forretningsorden.
- h. Leadpartnerne informeres skriftligt om Interreg-udvalgets afgørelser og om grundene til, at en ansøgning afvises eller ikke er støtteberettiget.
- i. Hvis Interreg-udvalget træffer en positiv beslutning, indgår forvaltningsmyndigheden en aftale om støtte til projektet med den pågældende leadpartner – herefter kaldet "leadpartnerkontrakt". Støtten ydes udelukkende i euro.

4. Behandling af klager

- a. Der er intet retskrav på støtte.
- b. Klager fra ansøgere, leadpartnere og projektpartnere undersøges og besvares af forvaltningsmyndigheden og sekretariatet. Såfremt klager ikke kan færdigbehandles, eller hvis den vedrører Interreg-udvalgets opgaver, undersøges og besvares klagen i fællesskab af formændene for Interreg-udvalget i samarbejde med forvaltningsmyndigheden samt sekretariatet. Formændene kan beslutte, om en klage skal forelægges Interreg-udvalget for at tilvejebringe en endelig afgørelse. Interreg-udvalget kan beslutte, om der skal nedsættes en arbejdsgruppe til behandling af klager. Klager, som undersøges og besvares af Interreg-udvalgets formænd og forvaltningsmyndigheden og sekretariatet i fællesskab, skal forelægges Interreg-udvalgets medlemmer på Interreg-udvalgets førstkommande møde.
- c. Såfremt det er nødvendigt, kan der i programhåndbogen fastsættes mere detaljerede procedurer med hensyn til behandling af klager.

Artikel 6 Regler i tilfælde af vanskeligheder ved gennemførelsen

1. Programpartnernes hæftelse

- a. Ansvaret for, at støttemodtagerne anvender midlerne fra Den Europæiske Fond for Regionaludvikling forsvarligt, ligger i forhold til Europa-Kommissionen hos det medlemsland, hvor støttemodtageren har sit hjemsted, idet programpartnerne træder i stedet for det pågældende medlemsland.
- b. Har forvaltningsmyndigheden og/eller sekretariatet mistanke om en uregelmæssighed, eller bliver de informeret om en sådan, skal der straks træffes relevante foranstaltninger så som suspendering af finansielle refusioner til projektet, indtil mistanken er afklaret.
- c. Såfremt leadpartneren ikke er i stand til i tilfælde af uregelmæssigheder at inddrive betalte beløb fra en projektpartner, eller såfremt forvaltningsmyndigheden ikke er i stand til at inddrive disse beløb fra leadpartneren, afholdes disse beløb ifølge programpartnernes interne aftale af den programpartner, i hvis område (region, Kreis, by) støttemodtageren har sit hjemsted.
- d. Såfremt der er tale om en projektpartner, som har sit hjemsted uden for programområdet, udvides ansvaret til alle programpartnere. Fordelingen sker separat for den danske og den tyske side og beregnes procentuelt ud fra befolkningstallene pr. 01.01.2012.
- e. Med hensyn til udgifterne til Teknisk bistand, som afholdes på basis af en af programpartnere i fællesskab truffet beslutning, er programpartnere i fællesskab ansvarlige svarende til deres procentuelle andele af Teknisk bistands samlede budget.
- f. Uafhængig af stk. a) og c) er de ansættende myndigheder for forvaltningsmyndigheden og sekretariatet alene ansvarlige ved u hensigtsmæssig anvendelse af Teknisk bistand samt egen, herunder deres medarbejders, fejlagtige adfærd. MJKE hæfter som ansættende myndighed for fejl begået af medarbejdere i revisionsmyndigheden og den tyske repræsentant i Revisorgruppen.

2. Uregelmæssigheder og inddrivelse af beløb

- a. Ansvaret for at etablere grundlaget for en eventuel indberetning om uregelmæssigheder i henhold til art. 122, stk. 2 i FO (EU) 1303/2013 til de kompetente nationale myndigheder påhviler forvaltningsmyndigheden. Forvaltningsmyndigheden underretter de ansvarlige nationale myndigheder og sikrer fremsendelse af alle relevante informationer til brug for indberetningen. Samtidigt underrettes revisionsmyndigheden.
- b. Såfremt revisionsmyndigheden konstaterer en uregelmæssighed, skal forvaltningsmyndigheden straks informeres. Konstaterer forvaltningsmyndigheden og/eller sekretariatet en uregelmæssighed, så skal de ligeledes straks informere revisionsmyndigheden. Forvaltningsmyndigheden skal herefter underrette Interreg-udvalget hurtigst muligt herom.
- c. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet varetager opfølgning på revisionsmyndighedens revisions- og kontrolrapporter, herunder opfølgning på alle konstaterede uregelmæssigheder.
- d. Uagtet medlemslandenes ansvar for at opdage og afhjælpe uregelmæssigheder samt inddrive beløb, der er blevet udbetalt uden retsgrundlag, sikrer forvaltningsmyndigheden i henhold til art. 27, stk. 2 i FO (EU) 1299/2013, at alle på grundlag af uregelmæssigheder udbetalte beløb inddrives hos den overordnet ansvarlige støttemodtager (leadpartner). Projektpartnere skal tilbagebetale uretmæssigt udbetalte beløb til leadpartneren.
- e. Ud over inddrivelse af beløb er en (delvis) ophævelse af leadpartneraftalen en mulig konsekvens af uregelmæssigheder. Enkeltheder aftales i leadpartneraftalen. Afgørelsen om ophævelsen af leadpartneraftalen træffes af forvaltningsmyndigheden i samråd med Interreg-udvalget.

3. Finansielle korrektioner og systemfejl

- a. Revisionsmyndigheden, Revisorgruppen, Europa-Kommissionen eller den Europæiske Revisionsret kan under gennemførelsen af programmet og/eller ved afslutningen af programmet konstatere systemfejl eller andre fejl på programniveau, som kan medføre finansielle korrektioner i henhold til art. 85 og 144-147 i FO (EU) 1303/2013.
- b. Såfremt der fra Europa-Kommissionens side foretages finansielle korrektioner, som kan tilbageføres til fejl i programsystemet, foretages fordelingen af de finansielle korrektioner, uagtet tidspunktet for opdagelsen af fejlene, på programpartnerne på basis af de andele, som i alt er udbetalt til projektpartnerne frem til Europa-Kommissionens meddelelse om finansielle korrektioner.
- c. Såfremt der fra Europa-Kommissionens side foretages finansielle korrektioner, som kan tilbageføres til fejl i nationale systemer, foretages fordelingen af de finansielle korrektioner, uagtet tidspunktet for opdagelse af fejlene, på programpartnerne i den berørte medlemsstat på basis af de andele, som i alt er udbetalt til projektpartnerne i den berørte medlemsstat frem til Europa-Kommissionens meddelelse om finansielle korrektioner.

4. Afbrydelse af programmet eller udsættelse af betalinger

- a. Såfremt programmet afbrydes, eller betalingen udsættes fra Europa-Kommissionens side, rammes programmets likviditet. Forvaltningsmyndigheden og sekretariatet afklarer de tilgrundliggende problemer med Europa-Kommissionen og i givet fald med de pågældende projektpartnere hurtigst muligt og med alle til rådighed værende midler for at afslutte afbrydelsen af programmet.
- b. På projektniveau kan forvaltningsmyndigheden foretage en afbrydelse/udbetalingsstop til et projekt, såfremt leadpartneren og/eller projektpartnere ikke efterkommer deres forpligtelser i henhold til leadpartneraftalen, eller der foreligger mistanke om uregelmæssigheder eller fejl samt insolvens, som frembyder en risiko for programmets budget. Nærmere enkeltheder fastsættes i programhåndbogen og i leadpartneraftalen.

5. Retslige og udenretslige sager mod projektpartnere

- a. I tilfælde af retslige eller udenretslige sager mod en projektpartner gælder de samme regler om gensidig underretning samt om afklaring og i givet fald inddrivelse af beløb som i tilfælde af uregelmæssigheder (jf. stk. 2). Reglerne for programpartnerens ansvar (jf. stk. 1) finder anvendelse.
- b. Ud over inddrivelse af beløb er en (delvis) ophævelse af leadpartneraftalen en mulig konsekvens. Nærmere herom fremgår af leadpartneraftalen. Afgørelsen om ophævelsen af leadpartneraftalen træffes af forvaltningsmyndigheden i samråd med Interreg-udvalget.

6. Projektpartneres insolvens

- a. I leadpartneraftalen og i programhåndbogen fastsættes regler for procedurer i tilfælde af projektpartneres insolvens. Projektpartneren er forpligtet til at informere leadpartneren, de andre projektpartnere samt forvaltningsmyndigheden om insolvensen.
- b. En inddrivelse af beløb samt en (delvis) ophævelse af leadpartneraftalen i henhold til stk. 5 kan være konsekvensen. Afgørelsen om ophævelsen af leadpartneraftalen træffes af forvaltningsmyndigheden i samråd med Interreg-udvalget.

7. Bestemmelser om afslutning af programmet

- a. Afslutning af programmet gennemføres under ledelse af forvaltningsmyndigheden sammen med sekretariatet og revisionsmyndigheden i henhold til art. 141 i FO (EU) 1303/2013.
- b. Programmets afslutning forberedes så vidt muligt inden for den støtteberettigede periode (art. 65, stk. 2 i FO (EU) 1303/2013) for at minimere udgifter og ressourceforbrug for programpartnerne respektive det efterfølgende program efter støtteberettigelsens udløb den 31.12.2023.
- c. Opbevaringen af programdokumenter sker i henhold til art. 140 FO (EU) 1303/2013.

Artikel 7 Yderligere bestemmelser

1. Fastlæggelse af arbejdsprog

Programmets arbejdsprog er principielt tysk og dansk. Officielle dokumenter, ansøgningsbilag, bilag til Interreg-udvalget, officielle rapporteringer og publikationer skal udformes på begge sprog. Oversættelser udføres enten af Interreg-sekretariatet eller forvaltningsmyndigheden eller eksternt og finansieres af Teknisk bistand. Til udvalgsmøderne anvendes simultantolke.

2. Ikke-overholdelse af aftaler og frister – sanktioner

- a. Konsekvenser for ikke-overholdelse af bestemmelser, frister og kontraktlige aftaler på projektniveau beskrives i leadpartneraftalen samt i programhåndbogen.
- b. Tilfælde af ikke-overholdelse af regler og aftaler mellem de involverede programpartnere, revisionsmyndigheden og/eller IB.SH behandles fra sag til sag i Interreg-udvalget.

3. Ændringer af aftalen

- a. Ændringer af nærværende aftale kan kun aftales skriftligt og enstemmigt mellem alle aftalparter.
- b. Såfremt en bestemmelse er eller bliver helt eller delvis ugyldig eller uigennemførlig, berøres gyldigheden og gennemførligheden af alle øvrige bestemmelser ikke heraf.

4. Voldgiftsklausul

- a. Skulle der opstå tvister i forbindelse med nærværende partneraftale eller vedrørende dens gyldighed, forpligter parterne sig til i fællesskab at finde en mindelig løsning.
- b. Hvis parterne ikke selv kan nå frem til en mindelig løsning, skal der gennemføres en mæglingsproces ifølge de på det aktuelle tidspunkt gældende mæglingsregler fra Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V.
- c. For tvister, som heller ikke kan bilægges ved mægling aftales følgende: En tvist afgøres endeligt i henhold til det aktuelt gældende voldgiftsreglement for Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V. Voldgiftssagen finder sted i Kiel. Antallet af voldgiftsmænd er tre. Den gældende materielle lovgivning er Forbundsrepublikken Tysklands lovgivning.

Artikel 8

Ikrafttræden og varighed

- a. Nærværende aftale træder i kraft ved underskrivelse af programpartnere, IB.SH og MJKE, og når Erhvervsstyrelsens og Land Schleswig-Holsteins godkendelser foreligger, med tilbagevirkende kraft pr. 01.01.2014, starttidspunktet for den støtteberettigede periode i henhold til art. 65, stk. 2 i FO (EU) 1303/2013.
- b. Nærværende aftale gælder for perioden frem til den fuldstændige gennemførelse af Interreg 5A-programmet Deutschland-Danmark 2014-2020 inklusive afslutningen af opbevaringsfristen i henhold til art. 140, stk. 1 i FO (EU) 1303/2013.

Programmpartner XXX

Ort und Datum/ Sted og dato: _____

Name und Funktion des Unterzeichnenden/ Navn og underskriverens stilling:

Unterschrift und Stempel/ Underskrift og stempel:

Verwaltungsbehörde – IB.SH (Investitionsbank Schleswig-Holstein)

Ort und Datum/ Sted og dato: _____

Name und Funktion des Unterzeichnenden/ Navn og underskriverens stilling:

Unterschrift und Stempel/ Underskrift og stempel:

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein für die Prüfbehörde

Ort und Datum/ Sted og dato: _____

Name und Funktion des Unterzeichnenden/ Navn og underskriverens stilling:

Unterschrift und Stempel/ Underskrift og stempel:

Anlage 1 **Genehmigung des Programms durch die EU-Kommission**
Bilag 1 **Europa-Kommissionens godkendelse af programmet**



Brüssel, den 17.12.2014
C(2014) 10123 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 17.12.2014

**zur Genehmigung bestimmter Elemente des Kooperationsprogramms „Interreg V-A
Deutschland–Dänemark“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für
regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale
Zusammenarbeit“ in Deutschland und in Dänemark**

CCI 2014TC16RFCB056

(NUR DIE DEUTSCHEN UND DÄNISCHEN TEXTE SIND VERBINDLICH)

DE

DE

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 17.12.2014

**zur Genehmigung bestimmter Elemente des Kooperationsprogramms „Interreg V-A
Deutschland–Dänemark“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für
regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale
Zusammenarbeit“ in Deutschland und in Dänemark**

CCI 2014TC16RFCB056

(NUR DIE DEUTSCHEN UND DÄNISCHEN TEXTE SIND VERBINDLICH)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates¹, insbesondere Artikel 29 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung², insbesondere auf Artikel 8 Absatz 12,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 23. Juli 2014 übermittelte Deutschland im Namen Deutschlands und Dänemarks („teilnehmende Mitgliedstaaten“) über das elektronische Datenaustauschsystem der Kommission („SFC2014“) das Kooperationsprogramm „Interreg V-A Deutschland–Dänemark“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ in diesen Mitgliedstaaten.
- (2) Das Kooperationsprogramm wurde von den teilnehmenden Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit den Partnern aus Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 und der Kommission erstellt.
- (3) Gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 sollte mit dem Kooperationsprogramm ein Programmgebiet unterstützt werden, das die in Anhang I

¹ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320.

² ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 259.

DE

2

DE



des Durchführungsbeschlusses 2014/388/EU der Kommission³ aufgeführten Regionen der Union der NUTS-3-Ebene umfasst.

- (4) Gemäß Artikel 29 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 hat die Kommission das Kooperationsprogramm geprüft und gemäß Absatz 3 des genannten Artikels am 16. Oktober 2014 Anmerkungen vorgebracht. Am 28. November 2014 hat Deutschland zusätzliche Informationen und ein überarbeitetes Kooperationsprogramm vorgelegt.
- (5) Die Kommission ist zu dem Schluss gelangt, dass das Kooperationsprogramm einen Beitrag zur Unionsstrategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und zur Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts leistet und mit der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 und der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 in Einklang steht.
- (6) Das Kooperationsprogramm enthält alle Elemente aus Artikel 8 Absätze 1 bis 9 der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 und wurde gemäß dem Muster aus Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 288/2014⁴ der Kommission ausgearbeitet.
- (7) Gemäß Artikel 76 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 stellt der vorliegende Beschluss einen Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 84 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵ dar. Es ist jedoch notwendig, die Elemente zu spezifizieren, die für eine Mittelbindung für dieses Kooperationsprogramm erforderlich sind.
- (8) Gemäß Artikel 8 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 muss für jedes Jahr der für die Unterstützung aus dem EFRE vorgesehene Gesamtbetrag der Mittelausstattung angegeben werden. Ferner ist für das Kooperationsprogramm und für jede Prioritätsachse der Gesamtbetrag der Mittelausstattung für die Unterstützung aus dem EFRE und die nationale Kofinanzierung anzugeben. Bei Prioritätsachsen, die eine oder mehrere ergänzende Investitionsprioritäten aus verschiedenen thematischen Zielen miteinander kombinieren, ist es ebenfalls notwendig, den Gesamtbetrag der Mittelausstattung aus dem EFRE und die nationale Kofinanzierung für jedes der betreffenden thematischen Ziele anzugeben.

³ Durchführungsbeschluss 2014/388/EU der Kommission vom 16. Juni 2014 zur Erstellung des Verzeichnisses der Regionen und Räume, die im Zeitraum 2014-2020 im Rahmen der grenzüberschreitenden und transnationalen Bestandteile des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefordert werden können (ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 75).

⁴ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 288/2014 der Kommission vom 25. Februar 2014 zur Festlegung von Vorschriften gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds im Hinblick auf Muster für operationelle Programme im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Hinblick auf das Muster für operationelle Programme im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 1).

⁵ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

- (9) Gemäß Artikel 120 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 ist es notwendig, den Kofinanzierungssatz für jede Prioritätsachse festzulegen und anzugeben, ob der Kofinanzierungssatz für die Prioritätsachse für die förderfähigen Ausgaben insgesamt, einschließlich öffentlicher und privater Ausgaben, oder für die förderfähigen öffentlichen Ausgaben gilt.
- (10) Der vorliegende Beschluss greift der Stellungnahme der Kommission zur Vereinbarkeit jeglicher im Rahmen des Kooperationsprogramms unterstützter Maßnahmen mit den zum Zeitpunkt der Gewährung der Unterstützung geltenden Vorschriften für staatliche Beihilfen nicht vor.
- (11) Gemäß Artikel 8 Absatz 12 der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 sollten daher die unter die Buchstaben a, b Ziffern i bis vi, c Ziffern i bis iv, d des Unterabsatzes 1 von Absatz 2, unter Absatz 3, unter die Buchstaben a Ziffern ii bis vi und b von Absatz 4 sowie die unter Absatz 9 dieses Artikels fallenden Elemente genehmigt werden –

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die folgenden Elemente des Kooperationsprogramms „Interreg V-A Deutschland–Dänemark“ für eine Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ in Deutschland und in Dänemark im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2020, das am 28. November 2014 in seiner endgültigen Form vorgelegt wurde, werden hiermit genehmigt:

- (a) Begründung der Auswahl der thematischen Ziele, der entsprechenden Investitionsprioritäten und Mittelzuweisungen, wie in den Abschnitten 1.1.2 und 1.2 des Kooperationsprogramms angegeben;
- (b) Für jede Prioritätsachse geforderte Elemente gemäß Artikel 8 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstaben b und c der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013, wie in Abschnitt 2 des Kooperationsprogramms dargelegt, mit Ausnahme der Abschnitte 2.A.8 und 2.B.6;
- (c) Elemente des Finanzierungsplans gemäß Artikel 8 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013, wie in den Tabellen 15, 16 und 17 von Abschnitt 3 des Kooperationsprogramms dargelegt;
- (d) Integrierter Ansatz für die territoriale Entwicklung, der zeigt, wie das Kooperationsprogramm zur Verwirklichung seiner Ziele und der erwarteten Ergebnisse beiträgt, wie in Abschnitt 4 des Kooperationsprogramms dargelegt;
- (e) Durchführungsbestimmungen mit folgenden Angaben: die Stelle(n), die mit Kontrollaufgaben betraut wurde(n); die Stelle(n), die mit der Durchführung von Prüfungsaufgaben betraut wurde(n); das Verfahren zur Einrichtung eines gemeinsamen Sekretariats; eine Zusammenfassung der Verwaltungs- und Kontrollregelungen sowie der Regelungen zur Aufteilung der Haftung auf die teilnehmenden Mitgliedstaaten für den Fall, dass die Verwaltungsbehörde oder die Kommission Finanzkorrekturen verhängen; die Stelle, an die die Zahlungen der Kommission erfolgen sollen, wie in Tabelle 22 und den Abschnitten 5.2, 5.3 und 5.4 des Kooperationsprogramms dargelegt;
- (f) die Stelle, an die die Zahlungen der Kommission erfolgen sollen, wie in Tabelle 21 angegeben (nur der Teil, der die Stelle betrifft, an die die Zahlungen der Kommission erfolgen).

DE

DE

Artikel 2

Mit dem Kooperationsprogramm sollen folgende Prioritätsachsen unterstützt werden:

- (a) Prioritätsachse 1 „Grenzüberschreitende Innovation“;
- (b) Prioritätsachse 2 „Nachhaltige Entwicklung“;
- (c) Prioritätsachse 3 „Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Ausbildung“;
- (d) Prioritätsachse 4 „Funktionelle Zusammenarbeit“;
- (e) Prioritätsachse 5 „Technische Hilfe“.

Artikel 3

Das Programmgebiet umfasst alle Regionen der Union gemäß dem Durchführungsbeschluss der Kommission 2014/388/EU für das vorliegende Kooperationsprogramm.

Artikel 4

Ausgaben sind ab dem 1. Januar 2014 förderfähig.

Artikel 5

1. Der insgesamt für eine Unterstützung aus dem EFRE vorgesehene Höchstbetrag ist in Anhang I dargelegt.
2. Der Gesamtbetrag der Mittelausstattung für das Kooperationsprogramm wird auf 89 634 975 EUR festgelegt, der gemäß der Gliederung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2014 aus der Haushaltslinie 13 03 64 (EFRE - Europäische territoriale Zusammenarbeit) finanziert wird.
3. Der Kofinanzierungssatz für jede Prioritätsachse ist in Anhang II dargelegt. Der Kofinanzierungssatz der Prioritätsachsen 1, 2, 3 und 4 gilt für die förderfähigen Ausgaben insgesamt, einschließlich privater und öffentlicher Ausgaben. Der Kofinanzierungssatz der Prioritätsachsen 5 gilt für die förderfähigen öffentlichen Ausgaben.

Artikel 6

Dieser Beschluss ist an das Königreich Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 17.12.2014

*Für die Kommission
Corina CREȚU
Mitglied der Kommission*

BEGLAUBIGTE AUSFERTIGUNG
Für die Generalsekretärin

Jordi AYET PUIGARNAU
Direktor der Kanzlei
EUROPÄISCHE KOMMISSION

DE

6

DE

DE
ANHANG I

Mittelausstattung aus dem EFRE pro Jahr (in EUR)

2014TC16RFCB056

FONDS	2014 HAUPTZUWEISUNG	2015 HAUPTZUWEISUNG	2016 HAUPTZUWEISUNG	2017 HAUPTZUWEISUNG	2018 HAUPTZUWEISUNG	2019 HAUPTZUWEISUNG	2020 HAUPTZUWEISUNG	HAUPTZUWEISUNG INSGESAMT
EFRE	5 822 509,00	8 312 508,00	10 357 595,00	15 805 014,00	16 121 164,00	16 443 636,00	16 772 549,00	89 634 975,00
INSGESAMT	5 822 509,00	8 312 508,00	10 357 595,00	15 805 014,00	16 121 164,00	16 443 636,00	16 772 549,00	89 634 975,00



DE

ANHANG II

**Gesamtbetrag der Mittelausstattung für die Unterstützung aus dem EFRE und nationale Kofinanzierung
für das Kooperationsprogramm und für jede Prioritätsachse (in EUR)**

2014TC16RFCB056

PRIORITÄTSACHSE	FONDS	BERECHNUNGSGRUNDLAGE FÜR DIE UNIONSUNTERSTÜTZUNG	UNIONSUNTERSTÜTZUNG (A)	NATIONALER BEITRAG (B)+(C)+(D)	NATIONALE ÖFFENTLICHE MITTEL (C)	NATIONALE PRIVATE MITTEL (D)	GESAMTMITTEL (E)=(A)+(B) ODER (A)+(C)	KOFINANZIERUNGSSATZ (F) = (A) / (E)	BETRÄGE VON DRITTLÄNDERN	EIB-BETRÄGE
1	EFRE	Insgesamt	37 660 549,00	12 553 516,00	10 042 813,00	2 510 703,00	50 214 065,00	75,0000004979%		
2	EFRE	Insgesamt	18 957 797,00	6 319 266,00	5 055 413,00	1 263 853,00	25 277 063,00	74,9999990110%		
3	EFRE	Insgesamt	12 638 331,00	4 212 884,00	3 370 275,00	842 569,00	16 851 375,00	74,9999985164%		
4	EFRE	Insgesamt	15 000 000,00	5 000 000,00	4 000 000,00	1 000 000,00	20 000 000,00	75,000000000000%		
5	EFRE	Insgesamt	5 378 098,00	3 585 396,00	3 585 399,00	0,00	8 963 497,00	59,9999977687%		
Insgesamt	EFRE		89 654 975,00	31 671 025,00	26 053 900,00	5 617 125,00	121 308 000,00	73,8916253112%		
Insgesamt			89 654 975,00	31 671 025,00	26 053 900,00	5 617 125,00	121 308 000,00	73,8916253112%	0,00	0,00

Anlage 2 Aufgabenverteilung im Rahmen der Technischen Hilfe

unter Berücksichtigung des Beschlusses der deutsch-dänischen Lenkungsgruppe zur Vorbereitung des Programms „Interreg 5A Deutschland-Danmark 2014-2020“ vom 21.10.2013

1. Arbeitsweise von Verwaltungsbehörde und Sekretariat

1. Verwaltungsbehörde und Sekretariat stellen gemeinsam die Interreg-Administration dar im Rahmen der Technischen Hilfe und verstehen sich als eine administrative Einheit, die für die gesamte Programmregion zuständig ist. Bei allen Aufgaben hat im Sinne einer effektiven Arbeitsweise und Aufgabenteilung entweder die Verwaltungsbehörde oder das Sekretariat die Hauptverantwortung. In den meisten Aufgaben werden sie sich gegenseitig unterstützen. Es besteht eine enge Zusammenarbeit in Form laufender persönlicher Treffen und täglicher Korrespondenz.
2. Um eine einheitliche Arbeitsweise zu gewährleisten, sollen alle programmrelevanten Daten, die nicht im Monitoringsystem abgelegt werden können, auf einem gemeinsamen Server abgelegt werden.

2. Leitung und Betrieb von Verwaltungsbehörde und Sekretariat

1. Die Verantwortung bezüglich des operativen Betriebs liegt für die Verwaltungsbehörde bei der IB.SH und für das Sekretariat bei der Region Syddanmark.
2. Verwaltungsbehörde und Sekretariat sind jeweils dafür verantwortlich, dass der Betrieb in der vereinbarten Qualität eingerichtet und aufrecht gehalten wird. Beide tragen laufend dafür Sorge, dass die implementierten Arbeitsabläufe und -prozesse innerhalb der Verwaltungsbehörde und des Sekretariates, aber insbesondere auch zwischen beiden Einheiten optimal laufen sowohl in Bezug auf die personellen, die finanziellen und alle übrigen Ressourcen.
3. Verwaltungsbehörde und Sekretariat nehmen am Erfahrungsaustausch und den Seminaren von INTERACT teil und sind Partner in den europäischen und nationalen Netzwerken.

3. Beschreibung und Aktualisierung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme

1. Die Verwaltungsbehörde hat die Hauptverantwortung zur Aufstellung und Einreichung der Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme gem. Art. 72 der VO (EU) 1303/2013. Sie wird dabei vom Sekretariat unterstützt, das die notwendigen Informationen der Verwaltungsbehörde zuliefert und den Inhalt mit ihr abstimmt.
2. Die Systeme werden laufend überprüft und müssen ggf. aktualisiert und angepasst werden.

4. Etablierung elektronischer Systeme und Datenbanken

1. Die Verwaltungsbehörde muss gem. Art. 125, Abs. 2 der VO (EU) 1303/2013 sicherstellen, dass ein System eingerichtet wird, in dem alle programmrelevanten Daten in elektronischer Form aufgezeichnet und gespeichert werden können.
2. Es liegt im Verantwortungsbereich der Verwaltungsbehörde, die Betreuung dieses Systems sicherzustellen und die aufgezeichneten Daten für die Programmverwaltung zu nutzen.

5. Strategische Steuerung des Programms

1. Die Verwaltungsbehörde trägt die Hauptverantwortung dafür, dass dem IA, dem die strategische Steuerung obliegt, zur Wahrnehmung seiner Aufgaben alle relevanten Informationen aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden.

2. Die Verwaltungsbehörde unterbreitet dem IA außerdem Vorschläge zu etwaigen Änderungen des Programms, bei denen sie sich mit dem Sekretariat abstimmt. Bei der Aufbereitung dieser relevanten Informationen unterstützt das Sekretariat die Verwaltungsbehörde, insbesondere bei projektrelevanten Daten und Informationen.
- 6. Kontakt zu EU und den nationalen Behörden**
1. Der Kontakt zur EU und zum Teil zu den nationalen Behörden läuft über die Verwaltungsbehörde.
- 7. Durchführung von Evaluierungen**
1. Die Verwaltungsbehörde übernimmt die Aufgaben gem. Art. 114 VO (EU) 1303/2013.
 2. Sie hat außerdem die Zuständigkeit für bedarfsorientierte Evaluierungen, Analysen oder Umfragen, die darüber hinausgehen. Sie kann sich dabei externer Dienstleister bedienen.
- 8. Erarbeitung und Aktualisierung von Programmdokumenten**
1. Die Verwaltungsbehörde hat die Hauptverantwortung für die Erstellung aller relevanten Programmdokumente beim Beginn des Programms und führt diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat aus.
 2. Ziel des Programms ist es, dass alle Dokumente benutzerfreundlich und serviceorientiert sind, um die administrativen Hürden zu reduzieren. Hierbei sollen die Erfahrungen beider Interreg 4A-Programme einfließen und die Instrumente von INTERACT genutzt werden.
 3. Die Inhalte dieser Dokumente müssen zwischen der Verwaltungsbehörde und dem Sekretariat abgestimmt werden.
 4. Die laufende Optimierung und Aktualisierung der Dokumente liegt ebenfalls im Verantwortungsbereich der Verwaltungsbehörde.
- 9. Projektinitiierung**
1. Das Sekretariat hat die Hauptverantwortung für die Initiierung von Projekten. Dazu gehören ein regelmäßiger Kontakt zu den Akteuren sowie ein hoher Wissenstand über die Entwicklung der Programmregion.
 2. Das Sekretariat trägt dafür Sorge, dass dabei die Grundlage für die im Rahmen des Programms erforderliche Beteiligung regionsübergreifender und regionaler Akteure sicher gestellt ist. Dies erfolgt durch Information (z.B. Workshops) und Beratung potenzieller Antragsteller. Das Sekretariat hat außerdem die Hauptverantwortung dafür, dass die relevanten großen Akteure möglichst an den strategisch wichtigen Projekten mitwirken können. Die großen Akteure werden identifiziert und durch zielgerichtete Kommunikation, Durchführung von Meetings und Workshops dafür motiviert, sich an den Projekten beteiligen zu können. Dabei werden sie im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten und den Mehrwert einer Projektbeteiligung beraten.
- 10. Prüfung und Bewertung der Projektanträge sowie Legalitätskontrolle**
1. So weit möglich soll das Sekretariat das Antragsprozedere für die Akteure erleichtern, damit sie keine Zeit auf Antragsentwürfe verwenden, die nicht in Übereinstimmung mit den Programmzielen stehen. In diesem Zusammenhang sollen relevante Tools entwickelt werden, wie z.B. Projektscreeing und zielgerichtete Anforderungen von Projektideen und Projektanträgen.
 2. Die Projektanträge und ggf. Ideenskizzen gehen beim Sekretariat ein. Daher hat das Sekretariat auch die Hauptverantwortung für die weitergehende Prüfung und Bewertung der Anträge. Die Anträge müssen auf Plausibilität und Korrektheit geprüft werden sowie dahingehend, ob das Projekt einen Beitrag zum Programm leisten kann und ob die be-

schriebenen Ziele und Aktivitäten sowie der dazugehörige Finanzplan plausibel und korrekt sind.

3. Das Sekretariat wird dazu interne Arbeitsabläufe und Fristen für die Sachbearbeitung festlegen, um innerhalb der Verwaltung, aber auch nach außen gegenüber den Projektträgern ein effizientes und transparentes Verfahren zu vermitteln und zu sichern.
4. Für jedes Projekt soll ein federführender Sachbearbeiter bestimmt werden, der zugleich verantwortliche Kontaktperson für den Leadpartner des Projektes ist.
5. Jedes Projekt wird unter dem 4-Augenprinzip bearbeitet, so dass bei der Bewertung eines Antrags ein Austausch zwischen dem verantwortlichen Sachbearbeiter und dem Sekretariatsteam stattfindet. Darüber hinaus können auch fachliche Expertisen hinzugezogen werden.
6. Der gesamte Dialog innerhalb eines Projektverlaufs wird über den Leadpartner geführt.
7. Die Sachbearbeitung der Anträge mündet in der Erstellung der Beschlussvorlagen für den Interreg-Ausschuss. Für diesen Arbeitsgang werden ebenfalls Formulare und Verfahren entwickelt. Vor Versand der Beschlussvorlagen an den Ausschuss findet ein Austausch mit der Verwaltungsbehörde statt, die für die Legalitätskontrolle der Projektanträge verantwortlich ist.
8. Das Antragsverfahren wird bestimmte Fristen vorsehen, innerhalb derer die Projektträger eine schriftliche Rückmeldung über die Prüfung ihres Antrags erhalten. Dies liegt im Zuständigkeitsbereich des Sekretariats.
9. Die Projektträger erhalten darin Hinweise und Kommentare zu Verbesserungsmöglichkeiten, Mängeln oder Fehlern im Antrag. Die Rückmeldung zeigt gleichzeitig verständliche Lösungsvorschläge auf, die zur Optimierung und Fehlerbeseitigung führen, damit die Projektträger möglichst zügig und ressourcenschonend den Antrag überarbeiten können. Bei Klärung bestimmter rechtlicher Fragen kann die Verwaltungsbehörde beitragen.
10. Bei der Überarbeitung der Anträge wird den Projektpartnern Beratung angeboten. Das bedeutet, dass der zuständige Sachbearbeiter durchgängig für Rückfragen zur Verfügung steht. Auch sollte in persönliches Treffen der Sachbearbeiter mit den Projektpartnern ermöglicht werden, weil in diesem Gespräch oftmals zusätzliches Potenzial der Projektpartner und des Projektes sichtbar wird und direkt mit den beteiligten diskutiert werden kann. In Absprache mit dem Sachbearbeiter und den Projektträgern werden dann die Nachbesserungen eingearbeitet.

11. Betreuung des Interreg-Ausschusses

1. Die Betreuung des Interreg-Ausschusses liegt im Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsbehörde. Dazu zählen organisatorische Belange (Festlegung der Sitzungstermine und -orte), Erstellung der Tagesordnung, Versand der Sitzungsunterlagen und Protokollführung sowie Betreuung von Anfragen der Mitglieder.
2. Die inhaltlichen Themen, die auf Ausschusssitzungen behandelt werden sollen, sind Belange der strategischen Steuerung des Programms, der Lieferung programmrelevanter Informationen und betreffen insbesondere die Erörterung und Bewilligung der Projektanträge.
3. Den Ausschussmitgliedern werden entsprechende Unterlagen präsentiert und ggf. Maßnahmen für entsprechende Anpassungen vorgeschlagen. Die Verwaltungsbehörde wird dabei eher die administrativen Aufgaben übernehmen und das Sekretariat die projektbezogenen Themen, wozu auch die Vorstellung der zu beschließenden Projekte gehört.

12. Vertragsabschluss mit Leadpartner

1. Nach Behandlung eines Projektes im Interreg-Ausschuss erhalten die Projektträger von der Verwaltungsbehörde innerhalb weniger Tage eine Mitteilung darüber, wie der Ausschuss entschieden hat
2. Ist entschieden worden, dass das Projekt eine Förderung erhält, werden die Projektträger darüber informiert, wann der Leadpartnervertrag (LP-Vertrag) ausgestellt werden kann.
3. Sollte das Projekt noch Angaben nachreichen müssen, damit die Bewilligung in Kraft tritt, so steht die Verwaltungsbehörde diesbezüglich in engem Dialog mit dem Sekretariat, das wiederum gegenüber der Verwaltungsbehörde signalisiert, wann die Voraussetzung zur Ausstellung eines Leadpartnervertrags erfüllt sind.
4. Das Projekt schließt dann über den Leadpartner einen Vertrag mit der Verwaltungsbehörde. In diesem LP-Vertrag sind alle Angaben zu den Rechten und Pflichten sowie eventuell einzuhaltenden Fristen der Projektpartner angegeben. Die Projektpartner schließen untereinander einen Partnervertrag, der der Verwaltungsbehörde vor Ausstellung des LP-Vertrags vorgelegt werden muss.

13. Follow-up der Projekte sowie Servicebesuch

1. Über das Sekretariat erfolgt der gesamte Dialog mit den Projekten. Das Sekretariat hat durch die enge Begleitung der Projekte vom Antrag, über die Jahresberichte und Auszahlungsanträge bis zur Schlussabwicklung einen stetigen Kontakt zu den Projekten und damit auch einen Überblick über deren Fortlauf.
2. Entsprechend muss im Rahmen der Evaluierungstätigkeit im Programm ein Modell zur Messung und Weiterverfolgung der Projektergebnisse und Programmfortschritte eingerichtet werden.
3. Die zuständigen Sachbearbeiter im Sekretariat stehen für Fragen aller Art den Projektträgern zur Verfügung und geben ihnen eine umfassende Beratung und Unterstützung. Zu diesem Service gehört auch ein Besuch vorzugsweise beim Leadpartner zusammen mit den übrigen Projektpartnern. Hier können alle Belange angesprochen werden und Empfehlungen für die erfolgreiche Umsetzung des Projektes gegeben werden.
4. Darüber hinaus bietet die Administration Workshops für die Projektträger an, um beispielsweise über die richtige Erstellung von Auszahlungsanträgen, die Erstellung von Jahresberichten oder eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit zu informieren.

14. Auszahlungsanträge und Auszahlung von Fördermitteln

1. Die Projektträger richten zu bestimmten Fristen über ihre Leadpartner die Auszahlungsanträge und die Jahres- und Zwischenberichte an das Sekretariat.
2. Im Zuständigkeitsbereich des Sekretariates werden die Auszahlungsanträge und Berichte geprüft. Sie werden im Hinblick auf Korrektheit und Plausibilität geprüft. Bei Rückfragen steht das Sekretariat im Dialog mit den Leadpartnern.
3. Nach abgeschlossener Prüfung wird der geprüfte Auszahlungsantrag an die Verwaltungsbehörde geleitet bzw. auf dem gemeinsamen Server/Monitoringsystem hinterlegt. Nach einem weiteren Check leitet die Verwaltungsbehörde die Auszahlung in die Wege.
4. Hier nimmt die Verwaltungsbehörde die Funktion als Bescheinigungsbehörde wahr. Sie muss auf Basis der Auszahlungsanträge der Projekte einen gesamten Auszahlungsantrag der Kommission vorlegen. Dabei muss sie alle relevanten Buchführungsdaten elektronisch erfassen und aktualisieren und die gemäß der Verordnung geforderten Bestätigungen vornehmen.

15. Sicherstellung der Korrektheit der Auszahlungsanträge

1. Auf Basis der oben beschriebenen Verfahren zur Prüfung der Auszahlungsanträge werden die Auszahlungsanträge an die EU-Kommission gestellt.
2. Die Verwaltungsbehörde wird in ihrer Funktion als Bescheinigungsbehörde dafür entsprechende Verfahren einrichten, um die Korrektheit der Auszahlungsanträge sicherstellen zu können.

16. Schlussabwicklung der Projekte

1. Bei der Schlussabwicklung, die in der Hauptverantwortung des Sekretariates liegt, wird entsprechend verfahren wie bei der Prüfung der Auszahlungsanträge und Berichte (s.o.). Beim Abschlussbericht ist besonderer Ausgenmerk darauf zu legen, dass der Beitrag zum Programmfortschritte sichtbar ist und die Ergebnisse des Projektes in möglichst nachhaltige Strukturen fließen.
2. Erst wenn alle Punkte mit dem Projekte geklärt sind, wird der letzte Zuschuss ausgezahlt . Auch hier unterstützen sich Sekretariat und Verwaltungsbehörde gegenseitig.

17. Ausarbeitung der Jahres- und Schlussberichte

1. Das Programm ist verpflichtet, zu bestimmten Zeitpunkten einen Jahresbericht und am Ende einen Schlussbericht bei der EU-Kommission einzureichen. Die Erstellung dieser Berichte erfolgt unter der Federführung der Verwaltungsbehörde.
2. Da in den Berichten vor allem auch die Ergebnisse der einzelnen Projekte einfließen, um daraus Schlussfolgerungen für den Fortschritt des Programms ziehen zu können, ist die Unterstützung des Sekretariates notwendig. Daher wird eine Arbeitsteilung festgelegt, damit die erforderlichen Aufgaben möglichst effektiv erledigt werden können. Optimal ist auch eine enge Verknüpfung mit der Prüfung der Berichte und Auszahlungsanträge, um Doppelarbeit zu vermeiden. Die Berichte werden dann dem Interreg-Ausschuss vorgelegt und nach dessen Genehmigung an die EU-Kommission gesendet.

18. Jährliche und abschließende Bilanz

1. In ihrer Funktion als Bescheinigungsbehörde hat die Verwaltungsbehörde jährlich einen Abschluss zu erstellen.
2. Darüber hinaus übermittelt sie viermal jährlich Finanzdaten an die EU-Kommission. Hierbei ist erforderlich, den finanziellen Status eines Geschäftsjahres in Bezug auf die Prioritätsachsen des Programms nach den Vorgaben der Kommission aufzubereiten und an sie zu übermitteln.

19. Aufstellung und Umsetzung des Kommunikationsplans

1. Unter der Hauptverantwortung des Sekretariates wird eine Kommunikationsstrategie aufgestellt und die Aufstellung sowie die Umsetzung von Interreg-Ausschuss überprüft.
2. Die Kommunikationsstrategie legt die Maßnahmen, deren Zielgruppe und den zeitlichen Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit fest, wobei das Sekretariat dafür Sorge trägt, dass die Umsetzung entsprechend der Kommunikationsstrategie erfolgt.
3. Hierbei sollten möglichst effektive und moderne Kommunikationsnetzwerke genutzt werden, hierunter Betreiben einer Homepage, Bedienung sozialer Medien, Erstellen und Versenden eines Newsletters, Pressearbeit, Durchführung von Calls, Workshops und Veranstaltungen. Alle Maßnahmen geschehen in enger Kooperation mit der Verwaltungsbehörde.

4. Das Sekretariat ist auch dafür zuständig, über die entsprechenden Projektberichte zu prüfen, inwieweit auch die Projekte zur Umsetzung der Kommunikation beigetragen haben, zu der sie über den Leadpartner-Vertrag verpflichtet werden.
5. Wie oben genannt, finden auch Workshops statt, in denen die Projektträger Beratung zu verschiedenen Themen, aber eben auch zur erfolgreichen Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit beraten werden. Auch sollen Erfahrungen aus anderen Programmen sowie die Unterstützung von Interact genutzt werden.

20. Einbindung privater Partner als Zuschussempfänger

1. Zur Einbindung privater Partner im Programm müssen unter Federführung der Verwaltungsbehörde die entsprechenden Verfahren festgelegt werden und vom Interreg-Ausschuss genehmigt werden.
2. In Zusammenarbeit mit dem Sekretariat liegt es dann auch im Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsbehörde im weiteren Verlauf sicherzustellen, dass die Gewährung von Zuschüssen an Private rechtmäßig ist. Hier steht sie im engen Dialog mit dem Sekretariat, das den Kontakt zur den Projektträgern hält und federführend für die Prüfung der Anträge verantwortlich ist.

Bilag 2 Opgavefordeling for Teknisk bistand
under hensyntagen til beslutningen af 21.10.2013 i den tysk-danske styregruppe
til forberedelse af programmet
”Interreg 5A Deutschland-Danmark 2014-2020”

1. Samarbejdet mellem forvaltningsmyndighed og sekretariat

1. Forvaltningsmyndighed og sekretariat udgør i fællesskab Interreg-administrationen og er at betragte som en administrativ enhed, der er ansvarlig for hele programregionen. Ved alle nævnte opgaver bærer enten forvaltningsmyndigheden eller sekretariatet hovedansvaret med henblik på at opnå en effektiv arbejdsmåde og opgavefordeling og undgå dobbeltarbejde. Ved mange opgaver skal de to administrative enheder understøtte hinanden. Derfor vil der være et tæt samarbejde mellem forvaltningsmyndighed og sekretariat i form af løbende personlige møder og daglig korrespondance.
2. For at sikre en ensartet arbejdsmåde skal alle programrelaterede data, der ikke kan lages i overvågningssystemet, lægges på en fælles server.

2. Ledelse og drift af forvaltningsmyndighed og sekretariat

1. Ansvar for den operative drift ligger med hensyn til forvaltningsmyndigheden hos IB.SH og med hensyn til sekretariatet hos Region Syddanmark.
2. Forvaltningsmyndighed og sekretariat er hver især ansvarlig for, at driften etableres og opretholdes med den aftalte kvalitet. Begge sørger løbende for, at de implementerede arbejdsgange og -processer inden for forvaltningsmyndigheden og sekretariatet, men især også imellem de to enheder, forløber optimalt både med hensyn til de personale-mæssige, økonomiske og alle andre ressourcer.
3. Forvaltningsmyndighed og sekretariat deltager desuden i erfaringsudveksling og seminarer hos INTERACT og er partnere i de europæiske og nationale netværk.

3. Beskrivelse og opdatering af forvaltnings- og kontrolsystemet

1. Forvaltningsmyndigheden er hovedansvarlig for udarbejdelse og fremsendelse af beskrivelsen af forvaltnings- og kontrolsystemer i henhold til art. 72 i Forordning (EU) nr. 1303/2013, forvaltningsmyndigheden bistås af sekretariatet, som leverer de nødvendige informationer til forvaltningsmyndigheden og afstemmer beskrivelsens indhold med denne.
2. Systemerne kontrolleres løbende og opdateres og tilpasses ved behov.

4. Etablering af elektroniske systemer og database

1. Forvaltningsmyndigheden skal ifølge art. 125, stk. 2 i Forordning (EU) 1303/2013 sikre, at der etableres et system, hvori alle programrelevante data kan registreres og gemmes i elektronisk form.
2. Det er forvaltningsmyndighedens ansvar at sikre serviceringen af dette system samt at anvende de registrerede data i programforvaltningen.

5. Strategisk styring af programmet

1. Forvaltningsmyndigheden er hovedansvarlig for, at nødvendige informationer bearbejdes og stilles til rådighed for Interreg-udvalget, som er ansvarlig for den strategiske styring, så det kan varetage sine opgaver.
2. Forvaltningsmyndigheden fremsætter desuden over for Interreg-udvalget forslag til eventuelle ændringer af programmet, som den afstemmer med sekretariatet. Ved tilvejebringelsen af disse relevante informationer støtter sekretariatet forvaltningsmyndigheden, især med hensyn til projektrelevante data og informationer.

6. Kontakt til EU og nationale myndigheder

1. Kontakten til EU og for en dels vedkommende også de nationale myndigheder foregår via forvaltningsmyndigheden.

7. Gennemførelse af evalueringer

1. Forvaltningsmyndigheden overtager opgaverne ifølge art. 114 i Forordning (EU) 1303/2013.
2. Forvaltningsmyndigheden har desuden ansvaret for behovsorienterede evalueringer, analyser eller rundspørger, som går ud over disse. Man kan i denne forbindelse benytte eksterne udbydere.

8. Udarbejdelse og opdatering af programdokumenter

1. Forvaltningsmyndigheden er hovedansvarlig for ved programmets start at udarbejde alle relevante programdokumenter og gennemfører denne opgave i samarbejde med sekretariatet.
2. Det er programmets mål, at alle dokumenter skal være brugervenlige og serviceorienterede for at reducere de administrative barrierer. For at sikre dette inddrages erfaringerne fra de to hidtidige Interreg 4A-programmer, og værktøjerne fra INTERACT udnyttes.
3. Indholdet af disse dokumenter skal afstemmes mellem forvaltningsmyndigheden og sekretariatet.
4. Forvaltningsmyndigheden har ligeledes ansvaret for den løbende optimering og opdatering af dokumenterne.

9. Projektgenerering

1. Sekretariatet er hovedansvarlig for at generere projekter. Dertil hører en regelmæssig kontakt til aktørerne samt et højt vidensniveau om programregionens udvikling.
2. Sekretariatet sørger for, at der sikres det for programmet nødvendige grundlag for deltagelse af regionsoverskridende og regionale aktører. Dette sker gennem information (fx workshops) og rådgivning af potentielle ansøgere. Sekretariatet er desuden hovedansvarlig for, at de relevante store aktører om muligt medvirker i de strategisk vigtige projekter. De store aktører identificeres og motiveres til at deltage i projekterne ved hjælp af målrettet kommunikation samt gennemførelse af møder og workshops. I den forbindelse modtager de vejledning om støttemuligheder og merværdien ved at deltage i projektet.

10. Kontrol og vurdering af projektansøgninger samt legalitetskontrol

1. Sekretariatet skal så vidt muligt lette ansøgningsproceduren for aktørerne, således at de ikke spilder deres tid med udkast til ansøgninger, som ikke er i overensstemmelse med programmålene. I denne forbindelse skal der udvikles relevante værktøjer, som fx projektscreening og målrettet indhentning af projektidéer og projektansøgninger.
2. Projektansøgningerne og i givet fald idékitser modtages af sekretariatet. Derfor har sekretariatet også hovedansvaret for den efterfølgende kontrol og vurdering af ansøgningerne. Ansøgningerne skal kontrolleres med hensyn til plausibilitet og korrekthed samt i forhold til, om projektet kan yde et bidrag til programmet, og om de beskrevne mål og aktiviteter og den tilhørende finansplan er plausible og korrekte.
3. Sekretariatet vil fastlægge interne arbejdsgange og frister for sagsbehandlingen for at indføre og sikre en effektiv og transparent ansøgningsprocedure både internt i administrationen, men også udadtil over for de projektansvarlige.
4. For hvert projekt udpeges der en penneførende sagsbehandler, der samtidig er ansvarlig kontaktperson for projektets leadpartner.

5. Hvert projekt behandles efter "4-øjne-princippet", således at der ved vurderingen af en ansøgning foretages en udveksling mellem den ansvarlige sagsbehandler og sekretariats-teamet. Derudover kan der også inddrages faglige sagkyndige.
6. Hele dialogen i et projektforsøg føres med leadpartneren.
7. Sagsbehandlingen af ansøgningerne udmunder i udarbejdelse af en indstilling til Interreg-udvalget. Til denne arbejdsproces udvikles der ligeledes skemaer og procedurer. Inden fremsendelse af indstillingerne til udvalget foretages der en udveksling med forvaltningsmyndigheden, som er ansvarlig for legalitetskontrollen af projektansøgningerne.
8. Ansøgningsproceduren vil have bestemte frister, inden for hvilke de projektansvarlige modtager en skriftlig tilbagemelding om vurdering af deres ansøgning. Dette ligger inden for sekretariatets ansvarsområde.
9. Projektpartnerne modtager heri forslag og kommentarer til forbedringsmuligheder, mangler eller fejl i ansøgningen. Tilbage meldingen giver samtidig forståelige løsningsforslag, som bidrager til optimering og korrektion af fejl, således at de projektansvarlige hurtigst muligt og med få ressourcer kan revidere ansøgningen. I forbindelse med afklaring af bestemte retslige spørgsmål kan forvaltningsmyndigheden bidrage med sin viden.
10. Ved justeringen af ansøgningerne tilbydes projektpartnerne vejledning. Det betyder, at den ansvarlige sagsbehandler står til disposition for uddybende spørgsmål. Desuden bør der være mulighed for et personligt møde mellem sagsbehandlerne og projektpartnerne, fordi sådanne samtaler ofte vil synliggøre yderligere potentiale hos projektpartnerne og projektet, som så kan diskuteres direkte med de involverede. Efter aftale med sagsbehandleren og projektpartnerne bliver korrektionerne herefter behandlet.

11. Servicering af Interreg-udvalget

1. Forvaltningsmyndigheden er ansvarlig for servicering af Interreg-udvalget. Herunder hører organisatoriske spørgsmål (mødetidspunkter og -steder), udarbejdelse af dagsorden, fremsendelse af materiale til møderne og udarbejdelse af referat samt behandling af medlemmernes spørgsmål.
2. De indholdsmæssige emner, som behandles på udvalgsmøderne, er spørgsmål om den strategiske styring af programmet, levering af informationer, der er relevante for programmet, og vedrører i særdeleshed behandling og godkendelse af projektansøgningerne.
3. Udvalgsmedlemmerne får fremlagt relevant materiale og i givet fald forslag til hensigtsmæssige forbedringer. Forvaltningsmyndigheden kommer således fortrinsvis til at påtage sig de overordnede administrative opgaver og sekretariatet de projektrelaterede opgaver, herunder præsentation af de projekter, der skal træffes beslutning om.

12. Indgåelse af leadpartneraftalen

1. Efter behandling af et projekt i Interreg-udvalget modtager projektpartnerne en meddelelse fra forvaltningsmyndigheden om udvalgets beslutning inden for få dage.
2. Lyder beslutningen på, at projektet modtager støtte, informeres de projektansvarlige om, hvornår leadpartneraftalen kan udstedes.
3. Såfremt projektet skal eftersende oplysninger, inden bevillingen kan træde i kraft, opretholder forvaltningsmyndigheden en tæt dialog med sekretariatet herom, som igen informerer forvaltningsmyndigheden, når betingelserne for udstedelse af en leadpartneraftale er til stede.
4. Derefter indgår projektet via leadpartneren en aftale med forvaltningsmyndigheden. I denne leadpartneraftale gives alle oplysninger om projektpartnerens rettigheder og

pligter samt eventuelle frister, der skal overholdes. Projektpartnerne indgår indbyrdes en partneraftale, som skal fremlægges for forvaltningsmyndigheden inden udstedelse af leadpartneraftalen.

13. Opfølgning på projekterne og servicebesøg

1. Hele dialogen med projekterne foregår via sekretariatet. Sekretariatet holder tæt kontakt til projekterne gennem tæt overvågning fra projektansøgningen, over årsrapporterne og udbetalingsanmodningerne og til den endelige afvikling og får derved også et overblik over deres fremdrift.
2. Tilsvarende skal der inden for rammerne af evalueringen etableres en model til måling af og opfølgning på projektresultaterne og programmets fremdrift.
3. De ansvarlige sagsbehandlere i sekretariatet står til rådighed for de projektansvarlige for spørgsmål af enhver art og tilbyder dem omfattende vejledning og bistand. Til denne service hører også et besøg fortrinsvis hos leadpartneren sammen med de øvrige projektpartnere. Her kan alle spørgsmål drøftes, og der kan gives anbefalinger med henblik på en vellykket implementering af projektet.
4. Derudover tilbyder administrationen de projektansvarlige workshops, hvor der eksempelvis informeres om korrekt udarbejdelse af udbetalingsanmodninger, udarbejdelse af årsrapporter eller et effektivt pr-arbejde.

14. Udbetalingsanmodninger og udbetaling af støttemidlerne

1. De projektansvarlige fremsender på bestemte tidspunkter via deres leadpartnere udbetalingsanmodninger og års- og midtvejsrapporter til sekretariatet.
2. Sekretariatet er ansvarlig for den første gennemgang af udbetalingsanmodningerne og rapporterne. De gennemgås med hensyn til korrekthed og plausibilitet. Ved spørgsmål går sekretariatet i dialog med leadpartnere.
3. Efter afsluttet gennemgang videresendes den kontrollerede udbetalingsanmodning til forvaltningsmyndigheden hhv. lagres på den fælles server/monitoreringssystem. Efter et yderligere tjek foranlediger forvaltningsmyndigheden udbetalingen.
4. I den forbindelse varetager forvaltningsmyndigheden sin funktion som attesteringsmyndighed. Forvaltningsmyndigheden skal på basis af projekternes udbetalingsanmodninger fremsende en samlet udbetalingsanmodning til Kommissionen. Dertil skal forvaltningsmyndigheden elektronisk registrere og ajourføre alle relevante bogføringsdata og foretage de i henhold til forordningen krævede attesteringer.

15. Sikring af korrekte udbetalingsanmodninger

1. På basis af de ovenfor beskrevne procedurer til kontrol af udbetalingsanmodninger sendes udbetalingsanmodningerne til EU-Kommissionen.
2. Forvaltningsmyndigheden skal i sin funktion som attesteringsmyndighed etablere tilsvarende procedurer for at kunne sikre korrektheden af udbetalingsanmodningerne.

16. Endelig afvikling af projekterne

1. Ved den endelig afvikling, som sekretariatet er hovedansvarlig for, svarer fremgangsmåden til den ved kontrol af udbetalingsanmodningerne og rapporterne gældende (se ovenfor). Ved afslutningsrapporten skal der lægges særlig vægt på, at projektets bidrag til programmets fremdrift er synlig, og at projektets resultater indgår i så bæredygtige strukturer som muligt.
2. Først når alle åbne punkter er afklaret med projektet, udbetales det sidste tilskud. Også her assisterer sekretariatet og forvaltningsmyndigheden hinanden.

17. Udarbejdelse af års- og slutrapporter

1. Programmet er forpligtet til på bestemte tidspunkter at indsende en årsrapport og til sidst en slutrapport til EU-Kommissionen. Udarbejdelsen af disse rapporter foretages med forvaltningsmyndigheden som pennefører.
2. Da det især er de enkelte projekters resultater, der indgår i rapporterne, således at der ud fra disse kan drages konklusioner om programmets fremdrift, er det nødvendigt med støtte fra sekretariatet. Derfor fastsættes der en arbejdsdeling, hvorefter de nødvendige opgaver kan udføres så effektivt som muligt. Her er det også optimalt med en tæt kobling til kontrollen af rapporterne og udbetalingsanmodningerne for at undgå dobbeltarbejde. Rapporterne forelægges Interreg-udvalget og videresendes efter udvalgets godkendelse til Kommissionen.

18. Års- og slutregnskab

1. I sin funktion som attesteringsmyndighed skal forvaltningsmyndigheden hvert år udarbejde et regnskab.
2. Derudover fremsender forvaltningsmyndigheden fire gange om året finansielle data til EU-Kommissionen. I den forbindelse er det nødvendigt at bearbejde forretningsårets finansielle status med hensyn til programmets prioritetsakser efter Kommissionens forskrifter.

19. Etablering og implementering af kommunikationsplanen

1. Sekretariatet er hovedansvarlig for at etablere en kommunikationsstrategi. Interreg-udvalget kontrollerer etableringen og implementeringen.
2. Kommunikationsstrategien fastlægger foranstaltningerne, deres målgruppe og tidsrammen for pr-arbejdet, idet sekretariatet drager omsorg for, at implementeringen sker svarende til kommunikationsstrategien.
3. Til dette formål skal der anvendes så effektive og moderne kommunikationsværktøjer som muligt, herunder drift af en hjemmeside, betjening af sociale medier, udarbejdelse og distribution af et nyhedsbrev, pressearbejde, gennemførelse af Calls, workshops og arrangementer osv. Alle foranstaltninger gennemføres i tæt samarbejde og efter afstemning mellem forvaltningsmyndighed og sekretariat.
4. Sekretariatet er ansvarlig for, via de relevante projektrapporter at kontrollere, hvorvidt også projekterne har bidraget til implementering af kommunikationen, som de er forpligtet til i henhold til leadparteraftalen.
5. Som ovenfor nævnt gennemføres workshops, hvor de projektansvarlige rådgives om forskellige emner, men også, hvordan pr-arbejdet bliver en succes. Ligeledes bør erfaringerne fra andre programmer og støtten fra INTERACT udnyttes.

20. Inddragelse af private partnere som støttemodtagere

1. Med henblik på at inddrage private partnere i programmet skal der med forvaltningsmyndigheden som tovholder fastlægges passende procedurer, som skal godkendes af Interreg-udvalget.
2. I samarbejde med sekretariatet er det så ligeledes forvaltningsmyndigheden, der i det videre forløb er ansvarlig for at sikre, at tildelingen af tilskud til private er lovlig. Her er forvaltningsmyndigheden i tæt dialog med sekretariatet, som holder kontakt til de projektansvarlige og som tovholder er ansvarlig for kontrollen af ansøgningerne.

Anlage 3 Kosten Prüfbehörde Bilag 3 Udgifter til revisionsmyndigheden

(gemäß Angebot zur Einrichtung der Prüfbehörde für das INTERREG 5 A-Programm 2014-2023 des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein vom 16.06.14 und Zustimmung der deutschen Programmpartner vom 25.06.14)

(Ifølge tilbud fra Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein om etablering af revisionsmyndigheden for Interreg 5A-programmet „Deutschland-Danmark 2014-2020“. Tilbuddet er afgivet d. 16.06.14 og efterfølgende godkendt af de tyske programpartnere d. 25.06.14.)

Aufstellung für 4 Monate in 2014 in Euro:

Audit Authority INTERREG V-A	Total 2014 (4 Monate)	23.000		
Anteil 4 Monate in 2014				
	Aufteilung - Anteil 2014	23.000		
	50% Sockel	11.500		
	50% nach Bevölkerung	11.500		
Partner	Bevölkerung	Sockel (50 %)	Anteil nach Bevölkerung	Summe
Ostholstein	203.808	1.277,78 €	1.476,32 €	2.754,10 €
Plön	133.433	1.277,78 €	966,55 €	2.244,32 €
Lübeck	210.577	1.277,78 €	1.525,35 €	2.803,13 €
Nordfriesland	165.058	1.277,78 €	1.195,63 €	2.473,41 €
Schleswig-Flensburg	197.358	1.277,78 €	1.429,60 €	2.707,38 €
Flensburg	89.357	1.277,78 €	647,27 €	1.925,05 €
Rendsburg-Eckernförde	269.019	1.277,78 €	1.948,69 €	3.226,47 €
Kiel	242.041	1.277,78 €	1.753,27 €	3.031,05 €
Neumünster	76.939	1.277,78 €	557,32 €	1.835,10 €
Summe	1.587.590	11.500,00 €	11.500,00 €	23.000,00 €
	Stand: 1.1.2012			

Aufstellung für die Jahre 2015 – 2023 pro Jahr in Euro:

Audit Authority INTERREG V-A	Total:	69.000		
Anteilsberechnung ab 2015				
	Anteil Partner, davon	69.000		
	50% Sockel	34.500		
	50% nach Bevölkerung	34.500		
Partner	Bevölkerung	Sockel (50 %)	Anteil nach Bevölkerung	Summe
Ostholstein	203.808	3.833,33 €	4.428,96 €	8.262,30 €
Plön	133.433	3.833,33 €	2.899,64 €	6.732,97 €
Lübeck	210.577	3.833,33 €	4.576,06 €	8.409,39 €
Nordfriesland	165.058	3.833,33 €	3.586,88 €	7.420,22 €
Schleswig-Flensburg	197.358	3.833,33 €	4.288,80 €	8.122,13 €
Flensburg	89.357	3.833,33 €	1.941,82 €	5.775,15 €
Rendsburg-Eckernförde	269.019	3.833,33 €	5.846,07 €	9.679,40 €
Kiel	242.041	3.833,33 €	5.259,81 €	9.093,14 €
Neumünster	76.939	3.833,33 €	1.671,97 €	5.505,30 €
Summe	1.587.590	34.500,00 €	34.500,00 €	69.000,00 €
	Stand: 1.1.2012			

Anlage 4 Budget Technische Hilfe
Bilag 4 Budget for Teknisk bistand
Interreg Deutschland-Danmark
Gesamtbudget Technische Hilfe / Samlet budget teknisk bistand

Status 17.12.2013

Kosten in/Omkostninger i 1.000 €	Verwaltungsbeh./Forvaltningsmyndighed		Sekretariat		Verwaltung insgesamt/Samlet adm.	
	Ohne/uden Buffer	89,6 Mio. Euro Buffer	89,6 Mio. Euro		Ohne/uden Buffer	89,6 Mio. Euro Mit/med Buffer
A. Personale/Personale	4.100	0	4.229		8.329	8.329
B. Arbeitsplatz/Drift	701	0	169		870	870
C. Reisekosten/Rejser	112	28	159		271	299
D. Übersetzungen/Oversættelser	158	40	49		207	247
E. Sitzungskosten/Møder	88	22	65		153	175
F. Datenbank/Database	240	60	0		240	300
G. Öffentlichkeitsarbeit/Markedsføring	0	0	206		206	206
H. Fortbildung/Uddannelse	38	0	36		74	74
I. Evaluierung/Evaluering*	178	44	40		218	262
J. Wirtschaftsprüfer/Revision	59	15	57		117	131
Total/I alt	5.674	209	5.010		10.685	10.893
Stellenteile/Årsværk	56,6	56,6	74		130,6	130,6
Personaldurchschnitt 9 Jahre/Personalegennemsnit 9 år	6,3	6,3	8,2		14,5	14,5

* Aus der Kostenposition für Evaluierung sind 40.000 Euro ans Sekretariat übertragen worden. / Fra udgiftsposten vedrørende evaluering er 40.000 euro overført til sekretariatet.

Kofinanzierung der Technischen Hilfe beim Programmzuschuss von 89,6 Mio. €/ Medfinansierung af teknisk bistand ved en programvolumen på 89,6 mio. euro	Mit/med Buffer		Ohne/uden Buffer	
	Mit/med Buffer		Ohne/uden Buffer	
Ausgaben insgesamt/Samlede omkostninger	10.893		10.685	
Zuschuss von der/tilskud fra EU 6 %	5.378		5.378	
Notwendige Kofinanzierung/nødvendig medfinansiering	5.515		5.307	
In Prozent/ procent	51		50	

Anlage 5 Kofinanzierungsanteile der Programmpartner Bilag 5 Programpartnernes medfinansieringsandele

Beträge in Euro/beløb i Euro	
Gesamtkosten (inkl. Puffer) gem. Budget/ Samlede udgifter (inkl. buffer) if. budget :	10.893.383
Budget/deraf buffer if.	209.000
Techniske Hilfe (EFRE)/Teknisk bistand (EFRU):	5.378.099
Kofinanzierung gesamt/Samlet medfinansiering:	5.515.284
Kofinanziering DK/Medfinansiering DK:	2.757.642
Kofinanziering D/Medfinansiering D:	2.757.642
2014-2023; pro Jahr/per år*	290.278

D:	Soc.kelbetrag in Euro/ Fast beløb i Euro	Anteil ohne Puffer nach Bevölke- rung in Euro/ andel uden buffer i forhold til befolkning i Euro	Anteil Puffer nach Bevölke- rung in Euro/ andel buffer i forhold til befolkning i Euro	Gesamtanteil pro saml. andel per år.
Ostholstein	15.000	18.522	1.412	34.934
Plön	15.000	12.126	925	28.051
Lübeck	15.000	19.137	1.459	35.596
Nordfriesland	15.000	15.000	1.144	31.144
Schleswig-Flensburg	15.000	17.936	1.367	34.303
Flensburg	15.000	8.121	619	23.740
Rendsburg-Eckernförde	15.000	24.448	1.864	41.312
Kiel	15.000	21.996	1.677	38.673
Neumünster	15.000	6.992	533	22.525
Summe pro Jahr/ saml. beløb per år 2014 - 2023	135.000	144.278	11.000	290.278

	Bevölkerung/Befolkning
Ostholstein	203.808
Plön	133.433
Lübeck	210.577
Nordfriesland	165.058
Schleswig-Flensburg	197.358
Flensburg	89.357
Rendsburg-Eckernförde	269.019
Kiel	242.041
Neumünster	76.939
Summe	1.587.590

(Stand: 01.01.12)

Beträge in Euro/beløb i Euro	
DK:	
Region Syddanmark	1.510.636
Region Sjælland	1.247.006
DK årligt/per år:	
Region Syddanmark	159.014
Region Sjælland	131.264
pro Jahr /per år	290.278

* Laufzeit 2014-2023, Rechenfaktor jedoch 9,5, da im Zeitraum der Programmabwicklung mit geringeren Kosten kalkuliert wird. Løbetid 2014-2013, omregningsfaktor dog 9,5, idet der i tidsrummet for programafviklingen regnes med færre udgifter.



Mitteilungsvorlage		Vorlage-Nr:	VO/2015/643
Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung, Schul- und Kulturwesen		Status:	nichtöffentlich
Mitwirkend:		Datum:	31.08.2015
		Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
		Bearbeiter/in:	Malte Nevermann
		nichtöffentliche Mitteilungsvorlage	
Machbarkeitsstudie E-Bus Stadtverkehr Rendsburg			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
	Regionalentwicklungsausschuss	Kenntnisnahme	

Finanzielle Auswirkungen:

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Bei den vorgestellten Ergebnissen handelt es sich, hinsichtlich der Ausschreibung des Stadtverkehrs Rendsburg, um schützenswerte, vertraulich zu behandelnde Daten.

2. Sachverhalt:

Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes „Mobilität im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg“ wurde die MOTEG GmbH damit beauftragt, eine Machbarkeitsstudie E-Bus für den Stadtverkehr Rendsburg zu erstellen. Die Ergebnisse liegen nunmehr vor und werden im Rahmen des Ausschusses von Herrn Prof. Berg präsentiert.

Die Vortragsfolien werden dem Protokoll der Sitzung beigelegt.

Anlage/n:



Beschlussvorlage		Vorlage-Nr: VO/2014/295-009
Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung, Schul- und Kulturwesen		Status: nichtöffentlich
		Datum: 31.08.2015
		Ansprechpartner/in: Dr. Kruse, Martin
		Bearbeiter/in: Malte Nevermann
Mitwirkend:	nichtöffentliche Beschlussvorlage	
Vergabeverfahren Stadtverkehr Rendsburg - Einsatz von E-Bussen		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
	Regionalentwicklungsausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

Der Regionalentwicklungsausschuss beschließt, einen möglichen Einsatz von E-Bussen im Stadtverkehr Rendsburg über die Variante der nachträglichen Verhandlung mit dem Ausschreibungsgewinner zu sichern.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Bei den vorgestellten Ergebnissen handelt es sich, hinsichtlich der Ausschreibung des Stadtverkehrs Rendsburg, um schützenswerte, vertraulich zu behandelnde Daten.

2. Sachverhalt:

Mit Abschluss der Untersuchung der MOTEG GmbH zum Einsatz von E-Bussen im Stadtverkehr Rendsburg stellt sich hinsichtlich der anstehenden Ausschreibung die Frage, wie die Ergebnisse in das Verfahren implementiert werden können.

Die Untersuchung kommt zusammengefasst zu dem Ergebnis, dass der Einsatz von E-Bussen im Stadtverkehr technisch auf den meisten Linien realisierbar ist sowie grundsätzlich auch wirtschaftlich, bei entsprechender Preisentwicklung, abgebildet werden kann.

Bevor eine grundsätzliche Entscheidung darüber getroffen werden kann, innovative Antriebstechnologien im Stadtverkehr Rendsburg zu fordern, ist zunächst zu klären, welche Auswirkungen dies auf die anstehende Vergabe des Stadtverkehrs haben könnte. Im Folgenden seien dafür vier Varianten beschrieben und bewertet, wie innovative Antriebsformen im Rahmen des Vergabeverfahrens berücksichtigt werden können.

1. Verpflichtende Vorgabe im Rahmen der Ausschreibung

Eine Möglichkeit besteht darin, im Rahmen des Vergabeverfahrens vorzugeben, dass ein festgelegter prozentualer Anteil der Leistung, oder eine/mehrere Linie/-en, zwingend mit innovativen Antriebstechniken zu erbringen ist.

Von einer verpflichtenden Vorgabe wird aus zweierlei Gründen abgeraten:

a.) **Auswirkung auf die Zahl und Qualität der Angebote**

Die Anforderungen eine vorgeschriebene Menge/Anteil an E-Bussen im Verkehrsgebiet einzusetzen würde den Verkehrsunternehmen, bei denen in Schleswig-Holstein bisher sehr begrenzt Erfahrung im Umgang mit elektrisch angetriebenen Bussen besteht, ein großes unternehmerisches Wagnis abfordern. Als Effekt ist davon auszugehen, dass diese Unternehmen auf die Abgabe eines Angebots verzichten oder die zu erwartenden Risiken auf den Angebotspreis aufschlagen und somit das Angebot nicht konkurrenzfähig ist.

Insbesondere kleine bzw. mittelständische Unternehmen können ob solch einer verpflichtenden Forderung im Rahmen einer Ausschreibung bereits grundsätzlich überfordert sein und werden somit de-facto von einer Angebotsabgabe ausgeschlossen.

b.) **Auswirkungen auf den Angebotspreis**

Insofern innovative Antriebsformen für die Verkehrsunternehmen wirtschaftlich vorteilhaft sind, bedarf es keiner zwingenden Vorgabe, da die Bieter in diesem Fall aus eigenem Interesse innovative Antriebsformen einsetzen könnten. Wenn der Einsatz innovativer Antriebsformen jedoch mit zusätzlichen Kosten für die Verkehrsunternehmen verbunden ist, werden die Verkehrsunternehmen diese zusätzlichen Kosten in ihre Angebote einpreisen. Aus rein kaufmännischen Gründen ist daher von einer zwingenden Vorgabe abzusehen. Wenn aus ökologischen Gründen höhere Kosten für den Einsatz innovativer Antriebsformen in Kauf genommen werden sollen, so stellt sich die Frage, ob dies zwingend aus den begrenzten ÖPNV-Mitteln erfolgen soll.

2. Zusatzangebote im Rahmen der Ausschreibung

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, E-Busse über Zusatzangebote im Rahmen der Ausschreibung abzufragen. In diesem Fall steht es dem Aufgabenträger frei, nach Angebotsauswertung in Abhängigkeit von den (zusätzlichen) Kosten, die die Verkehrsunternehmen für den Einsatz alternativer Antriebsformen ansetzen, alternative Antriebsformen zu beauftragen oder darauf zu verzichten.

Allerdings müssen aus Gründen des Vergaberechts alle Bieter verpflichtet werden, Preise für derartige Zusatzangebote anzugeben und diese Preise müssen bei der Angebotswertung angemessen berücksichtigt werden. Für Busunternehmen ohne Erfahrungen mit innovativen Antriebsformen wird dadurch ebenfalls eine hohe Hürde aufgebaut, sich am Vergabeverfahren überhaupt zu beteiligen. Es ist somit zu befürchten, dass die Anzahl der Angebote auch in dieser Variante sinkt.

3. Wertungsbonus im Rahmen der Ausschreibung

Im Fall eines im Rahmen der Ausschreibung gewährten Wertungsbonus können sich auch Bieter am Vergabeverfahren beteiligen, die keine E-Busse einsetzen wollen bzw. können. Der Wertungsbonus wird bei der Angebotsauswertung derart berücksichtigt, dass die Kosten derjenigen Angebote, die alternative Antriebstechniken beinhalten, rechnerisch um einen zuvor definierten Eurobetrag reduziert werden. Gegenüber den ersten beiden Varianten ist bei dieser Variante zudem die Gefahr, Bieter im Vergabeverfahren zu verlieren, geringer.

4. Nachträgliche Verhandlung mit dem Ausschreibungsgewinner

Zudem besteht die Möglichkeit, innovative Antriebsformen in den Vergabeunterlagen nicht explizit vorzugeben und es den Bietern zu überlassen, welche Antriebsformen aus ihrer Sicht über die gesamte Vertragslaufzeit am günstigsten sind.

Ergänzend kann hierbei ggf. nach Zuschlagserteilung im Rahmen von Nachverhandlungen die Nutzung innovativer Antriebstechniken vereinbart werden. Nachteilig ist in diesem Fall, dass das Verkehrsunternehmen im Rahmen der Nachverhandlung keinem Wettbewerbsdruck ausgesetzt ist und dass ggf. entsprechend höhere Kosten angesetzt werden. Um die Gefahr zu umgehen, dass sich das Unternehmen insgesamt gegen den Einsatz von E-Bussen sperrt, da es diese nicht angeboten hat, lassen sich entsprechende Klauseln in den Verkehrsvertrag aufnehmen.

5. Empfehlung

Es wird empfohlen, aus den o.a. Gründen auf eine zwingende Vorgabe zum Einsatz von E-Bussen zu verzichten. Um eine Einpreisung von Risikoaufschlägen zu vermeiden bietet sich an, den Einsatz innovativer Antriebsformen mit dem Ausschreibungsgewinner während der Laufzeit nachzuverhandeln. Diese Methode stellt insgesamt am geeignetsten sicher, dass die Interessen kleiner mittelständischer Unternehmen im Rahmen der Ausschreibung am angemessensten berücksichtigt werden.

Alternativ wäre die Gewährung eines Wertungsbonus denkbar wobei in diesem Fall noch zu definieren wäre, bis zu welcher Höhe der Einsatz innovativer Antriebsformen subventioniert werden soll.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:



Fachbereich: FD 2.5 Kommunalaufsicht
Sachbearbeitung: und Feuerwehrwesen
Telefon: Klaus Behrens
E-Mail: 04331/202-344
klaus.behrens@kreis-rd.de

NIEDERSCHRIFT -Öffentlicher Teil-

Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 16.09.2015
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:50 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Stadt Kappeln, Reeperbahn 2, 24376 Kappeln; Raum
des Gastes

Vorsitz

Albrecht , Tim

reguläre Mitglieder

Langer , Klaus
Fries , Lothar
Koch , Holger Norbert
Kolls , Jens
Scherbarth , Kurt
Storch , Susanne
Tretbar-Endres , Martin
Wendel , Ingrid

stellvertretende Mitglieder

Eggert , Wilhelm
Kaufmann , Ralf
Paulsen , Sönke-Peter

Verwaltung

Breuer , Volker
Krug Dr., Sebastian
Nevermann , Malte

Gäste

Bendlin , Ulrich

Ledune , Pascal
Schadt , Joanna
Schröder , Jens
Sönnicken , Dominik

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.07.2015
4. Vorstellung des Naturparks Schlei
5. Projektbezogene Tourismusförderung für den Kreis Rendsburg-Eckernförde VO/2014/371-001
6. INTERREG 5A VO/2015/622
Vereinbarung zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur Durchführung des Kooperationsprogramms INTERREG 5A Deutschland - Danmark 2014-20
7. Innovative Antriebstechnologien im ÖPNV
 - 7.1. Machbarkeitsstudie E-Bus Stadtverkehr Rendsburg
 - 7.2. Vergabeverfahren Stadtverkehr Rendsburg - Einsatz v Bussen
8. Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 **Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung wurden nicht erhoben. Der Vorsitzende schlug vor, hinter dem Tagesordnungspunkt 4 zunächst die Tagesordnungspunkte (alt) 7 (Verschiedenes), 5 (Projektbezogene Tourismusförderung) und 6 (INTERREG V A) zu behandeln. Der Ausschuss stimmte dem Vorschlag einmütig zu und beschloss nach der insofern geänderten Tagesordnung zu verfahren.

zu 2 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.07.2015**

Die Niederschrift über die Sitzung am 15.07.2015 wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 **Vorstellung des Naturparks Schlei**

Der Geschäftsführer des Naturpark Schlei e. V., Herr Ulrich Bendlin, begrüßte die Anwesenden und berichtete anhand einer Power-Point-Präsentation über die Aktivitäten des Vereins, insbesondere zur Umweltbildung und zu den Naturerlebnisangeboten. Ergänzt wurde der Vortrag von Frau Joanna Schadt, die zu dem Thema „Lokale Aktion Schlei“ vortrug.

Anschließend beantworteten Frau Schadt und Herr Bendlin Fragen aus der Mitte des Ausschusses.

Die Präsentation ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

zu 5 **Projektbezogene Tourismusförderung für den Kreis Rendsburg-Eckernförde** **VO/2014/371-001**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, einen Betrag i. H. v. 35.000 € für die projektbezogene Tourismusförderung zu verwenden.

zu 6 **INTERREG 5A Vereinbarung zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur Durchführung des Kooperationsprogramms INTERREG 5A Deutschland - Danmark 2014-2020** **VO/2015/622**

Der Regionalentwicklungsausschuss beschloss einstimmig bei einer Enthaltung, dem Kreistag zu empfehlen,

- dem Abschluss der in der Anlage beigefügten Vereinbarung zuzustimmen:
„Vereinbarung zur Einrichtung des Verwaltungs- und Kontrollsystems und zur Durchführung des Kooperationsprogramms INTERREG 5A Deutschland-Danmark 2014-2020“ zwischen der Region Sjælland und der Region Syddanmark auf dänischer Seite und den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein und Plön sowie den Städten Kiel, Flensburg, Neumünster und Lübeck auf deutscher Seite, der Investitionsbank Schleswig-Holstein (nachfolgend IB.SH genannt), Fleethörn 29-31, 24103 Kiel, Deutschland, vertreten durch den Vorstand, als Verwaltungsbehörde des Programms sowie dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein für die Prüfbehörde des Programms (nachfolgend MJKE genannt)“.
- den Landrat zu ermächtigen, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

Herr Behrens berichtete ergänzend, dass sich der Kreis als Netzwerkpartner ohne finanzielle Beteiligung an dem Interreg V A – Projekt „Benefit for Regions“ beteiligen werde. Mit dem Projekt würden die Projektpartner aus Dänemark und Deutschland einen gemeinsamen, umfassenden Ansatz zur Vitalisierung des ländlichen Raums verfolgen.

zu 7 Innovative Antriebstechnologien im ÖPNV

Auf Anregung von Herrn Koch beschloss der Ausschuss einstimmig, die folgenden Tagesordnungspunkte öffentlich zu beraten.

zu 7.1 Machbarkeitsstudie E-Bus Stadtverkehr Rendsburg VO/2015/643

Nach einführenden Worten von Herrn Dr. Krug stellte Herr Schröder von der MOTEG GmbH die Studie vor und beantwortete Fragen aus der Mitte des Ausschusses.

Die Präsentation der MOTEG GmbH ist diesem Protokoll beigefügt.

zu 7.2 Vergabeverfahren Stadtverkehr Rendsburg - Einsatz von E-Bussen VO/2014/295-009

Herr Nevermann berichtete ergänzend zur Vorlage und begründete den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Koch sprach sich dafür aus, ein klares Signal zu setzen und einen anteiligen Einsatz (z. B. 10%) von Elektro-Bussen als Forderung in den Ausschreibungstext aufzunehmen.

Herr Sönnicken von der beratenden NAH.SH GmbH merkte an, dass es in Schleswig-Holstein bislang nur geringe Erfahrungen mit Ausschreibungen gebe. Wenn dann noch neue Aspekte, wie hier vorgesehen die Elektromobilität, in Ausschreibungen aufgenommen werden würden, könne dieses aus seiner Sicht sowohl die Aufgabenträger als auch die Unternehmen überfordern. Er unterstütze insofern den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Ausschussvorsitzende äußerte dahin gehende Bedenken, dass das Risiko für kleinere Unternehmen nicht absehbar sei und große Unternehmen insofern Vorteile hätten.

Herr Tretbar-Endres und Frau Storch unterstützten die Forderung von Herrn Koch nach einem klaren Signal. Herr Tretbar-Endres ergänzte, dass für ihn auch die Realisierung der Variante 2 „Zusatzangebot“ vorstellbar sei.

Frau Wendel und Herr Langer sprachen sich für den Vorschlag der Verwaltung aus.

Herr Schröder schlug vor, die mögliche Realisierung von Elektromobilität neben dem Preis als Bewertungskriterium in die Ausschreibung aufzunehmen.

Herr Eggert äußerte Bedenken hinsichtlich der für den Einsatz von E-Bussen erforderlichen Infrastruktur.

Herr Kolls sprach sich dafür aus, den Druck zur Umstellung auf die Unternehmen zu erhöhen.

Der Antrag von Herrn Koch, heute keine Abstimmung durchzuführen, wurde bei 5 Ja- und 6 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt wurde der Beschlussvorschlag der Verwaltung (5 Ja- und 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Mit 6 Ja- und 4 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung sprach sich der Ausschuss schließlich für die Variante 3 (Gewährung eines Wertungsbonus) aus.

zu 8 Verschiedenes

Herr Breuer berichtete über den aktuellen Stand in Sachen „Schülerbeförderungssatzung“. Der Fahrplan der Verwaltung werde eingehalten. Die Ist-Analyse bei den Schulträgern sei zwischenzeitlich durchgeführt worden, wobei es allerdings noch einige „Nachzügler“ gebe. Die Gespräche mit den Schulträgern würden aktuell terminiert werden und sollten dann bis Ende Dezember d. J. abgeschlossen sein.

Herr Scherbarth und Herr Tretbar-Endres erkundigten sich in diesem Zusammenhang nach den Gesprächen mit den Elternvertretern, wie sie in der Sitzung in Eckernförde vereinbart worden seien.

Ein Zwischenbericht über die Bestandsaufnahme sowie eine Übersicht über die Rahmenbedingungen der Schülerbeförderung in anderen Kreisen sind diesem Protokoll beigelegt.

Weiter gab Herr Breuer bekannt, dass am 13.11.2015 in Kiel die Abschlussveranstaltung zum Gewerbeflächenentwicklungskonzept im Rahmen des Planungsdialogs stattfinden werde.

Dr. Krug teilte mit, dass zwischenzeitlich der 1. Zwischenbericht zum Klimaschutzteilkonzept „Mobilität im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg“ vorliege. Der Bericht ist diesem Protokoll beigelegt.

Herr Ledune unterrichtete die Ausschussmitglieder, dass die Abschlussveranstaltung "Regionales Gewerbeflächenkonzept A7-Süd" am 24.11.2015 in Quickborn stattfinden werde. (Anm.: Teilnahmewünsche können gerne an Herrn Ledune gerichtet werden. Dieser wird sie dann entsprechend weiterleiten.)